

10 Jahre Gedenken des OEZ-Mordanschlags - Immernoch kein Untersuchungsausschuss!

Antragsteller*in: Sophia Viktoria Kirsch (GRÜNE JUGEND Bayern)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

Status: Eingereicht (ungeprüft)

- 1 Hanau, Kassel, NSU. Immer wenn rassistisch motivierte Mordanschläge zitiert
2 werden, um das Muster und die Systematik hinter Rassismus in staatlichen
3 Institutionen aufzuzeigen, wird einer selten erwähnt: München – „Deutschlands
4 vergessener rechtsextremer Terroranschlag.“
- 5 Am 22. Juli 2016 ermordete ein rechtsextremer Täter am und im Olympia-
6 Einkaufszentrum (OEZ) in München Armela Segashi, Can Leyla, Dijamant Zabërgja,
7 Guiliano Kollmann, Hüseyin Dayıcık, Roberto Rafael, Sabine S., Selçuk Kılıç und
8 Sevda Dağ.
- 9 Menschen, die am 22. Juli 2026 nun das zehnte Jahr fehlen.
- 10 Genauso fehlen aber auch seit zehn Jahren Aufklärung und Antworten. Bisher gab
11 es lediglich strafrechtliche Ermittlungen von Polizei und Landeskriminalamt,
12 sowie eine Neubewertung von der Einstufung als „Amoklauf“ zur Anerkennung als
13 rechtsextremistisch und rassistisch motivierte Tat – Erst drei Jahre nach dem
14 Mordanschlag. Zentrale Fragen stehen also bis heute noch offen, und zusätzliche
15 Fragen wurden im Nachgang aufgeworfen: Warum wurde das Tatmotiv drei Jahre lang
16 falsch eingeordnet? Was lief am Einsatztag kommunikativ und operativ falsch? Wie
17 kann man mit Angehörigen und Überlebenden besser umgehen? Und, unabhängig davon:
18 Welche Konsequenzen wurden tatsächlich gezogen?
- 19 Eine rassistisch, rechtsextreme Tatmotivation deutete die Bezugnahme auf den 22.
20 Juli bereits an. Jenes Datum, an dem fünf Jahre zuvor in Oslo und auf der Insel
21 Utøya 77 Menschen durch einen Rechtsterroristen mit einer modellgleichen Waffe
22 ermordet wurden. Der Täter war den Behörden schon in Vergangenheit wegen
23 Hakenkreuzmalereien aufgefallen, in rechtsextremen Chatgruppen aktiv, und machte
24 im Keller des Wohnhauses seiner Familie Schießübungen. Während der Tat äußerte
25 er sich rassistisch, und hinterließ ein rassistisches Manifest. Der Täter hatte
26 sich außerdem bereits ein Jahr vor dem 22. Juli 2016 zu der Tat entschlossen,
27 und schrieb in Chatprotokollen von der „Operation Münchencleaning“. Trotz
28 dieser, und weiterer, Informationen dauerte es drei Jahre und drei Monate bis
29 ein rassistisch, rechtsextremes Tatmotiv anerkannt wurde. Das führte nicht nur
30 dazu, dass der OEZ-Mordanschlag von vornherein in Vergessenheit geriet, sondern
31 hatte auch unmittelbar Konsequenzen für das Hilfsangebots- und
32 Entschädigungsrecht von Angehörigen und Überlebenden.
- 33 Das Versagen in der Außenkommunikation äußerte sich in einem Informationschaos
34 in Gerüchten über mehrere Täter und Tatorte. Zugleich fehlte ein öffentlicher
35 Appell an Medien und Öffentlichkeit, unbestätigte Informationen sowie sensibles
36 Videomaterial nicht weiterzuverbreiten. In Folge dessen kursierten Aufnahmen der
37 Tat und der Opfer auf sozialen Netzwerken und im Fernsehen. Für diese
38 Kommunikationsarbeit erhielt die Polizei München 2016 den Sonderpreis des Bundes
39 deutscher Pressesprecher.
- 40 Das operative Einsatzversagen wird unter anderem dadurch deutlich, da es am
41 Einsatztag dem Täter trotz eines Aufgebots von etwa 2300 Beamt*innen gelang,
42 sich für mehrere Stunden zu verstecken, bevor er gestellt wurde.

43 Zwischenzeitlich tat er dies auf dem Dach eines offenen Parkdecks, von dem er
44 Schüsse abgab – während der Großfahndung mit Hubschraubereinsatz.

45 Die strukturelle Überforderung seitens der Behörden wurde bereits in der
46 Tatnacht am Umgang mit Angehörigen und Überlebenden deutlich. Neben fehlender
47 Informationen und psychosozialen Betreuungsangebote wurden Familienangehörige
48 selbst kriminalisiert: Als der Vater von Selçuk am Tatort eintraf um seinen Sohn
49 zu suchen, wurde er von Polizist*innen zu Boden gedrückt und mit Handschellen
50 fixiert. Beim Aufsuchen von der polizeilichen Betreuungstelle mussten selbige
51 Familienangehörige den Tatort, begleitet von einem Polizeiwagen und gezogener
52 Waffe, durchqueren.

53 In der Todesfallnachsorge wurde die verzögerte Kommunikation von Hüseyins Tod
54 seiner Familie gegenüber mit fehlenden Dokumenten begründet, obwohl er seine
55 Ausweise bei sich trug. Außerdem erhielt er zwei Sterbeurkunden: Eine vom Tatort
56 und eine aus dem Krankenhaus. Auch hier stellt sich die Frage, ob Polizei und
57 Rettungskräfte in der Tatnacht sorgfältig arbeiteten oder arbeiten konnten – und
58 ob ein Leben hätte gerettet werden können.

59 Die Konsequenzen die aus dem Einsatztag und Nachgang tatsächlich gezogen wurden,
60 sind unzureichend. Auf juristischer Ebene wurde unter anderem der Waffenhändler
61 2018 wegen „fahrlässiger Tötung“ verurteilt – nicht wegen Beihilfe zum Mord,
62 aufgrund seines Mitwissens zur Tat. Auf politischer und institutioneller Ebene
63 soll es laut Bayerischem Innenministerium und Landeskriminalamt einzelne
64 Verbesserungen gegeben haben, jedoch bleibt eine umfassende Aufarbeitung durch
65 externe Gremien bis heute aus.

66 Antworten auf die aufgeworfenen Fragen durch die erdrückende Faktenlage würde
67 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) liefern. Er ist das stärkste
68 Kontrollinstrument des Bayerischen Landtags, kann Akten anfordern, Zeug*innen
69 unter Wahrheitspflicht vernehmen und behördliches Handeln systematisch
70 untersuchen. Er bietet unabhängige, parlamentarische Kontrolle statt rein
71 interner Aufarbeitung an, und ist für die Öffentlichkeit einsehbar. Auch kann
72 ein PUA Widersprüche in Behördenaussagen aufdecken, die bei internen
73 Ermittlungen schwerer auffindbar wären. Ein Fünftel der Abgeordneten (41 von
74 203, Stand 2026) kann die Einsetzung diesen parlamentarischen
75 Untersuchungsausschusses erzwingen.

76 In diesem Untersuchungsausschuss kann ein forensisches Gutachten über die
77 Rekonstruktion des Tat- und Einsatzgeschehens, die Auswertung digitaler
78 Kommunikationsspuren des Täters sowie möglicher Netzwerk- und
79 Unterstützungsstrukturen erstellt werden. Ebenso kann es die behördliche
80 Ermittlungslogik, die operative Einsatzführung am Tatort und die Schnittstellen
81 zwischen Polizei, Rettungsdiensten und Verwaltungsstellen untersuchen. Ziel wäre
82 eine unabhängige Gesamtauswertung, die sowohl die Abläufe vor, während und nach
83 der Tat als auch mögliche strukturelle Fehler oder Fehleinschätzungen in der
84 behördlichen Verarbeitung des Geschehens systematisch nachvollziehbar macht.
85 Beide dieser Maßnahmen sind unter anderem Forderungen der Initiative „München
86 OEZ Remember!“.

87 Historisch gab es in Deutschland Untersuchungsausschüsse immer gerade dann, wenn
88 der Vorwurf bestand, Sicherheitsbehörden hätten rechtsextremen Terror
89 unterschätzt und falsch eingeordnet. Im Aufarbeitungsprozess rund um die NSU-
90 Mordserie mussten Medien und Angehörige wiederholt Gerechtigkeit einfordern. Auch
91 der Untersuchungsausschuss zum Mordanschlag in Halle 2020 wurde erst durch

92 Opposition und erheblichen öffentlichen Druck durchgesetzt. Dieses
93 wiederkehrende Muster in der Aufarbeitung rechtsterroristischer Gewalt in
94 Deutschland zeigt: Umfassende Aufklärung erfolgt nicht automatisch, man muss sie
95 in diesem Land erkämpfen.

96 Aus diesem Antragstext ergibt sich folgende Forderung:

97 Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
98 fraktionsübergreifend im bayerischen Landtag, sowie im Landesverband Bündnis
99 90/Die Grünen, für die Umsetzung eines parlamentarischen
100 Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des OEZ-Mordanschlags und seiner
101 Nachbereitung, sowie für ein forensisches Gutachten, ein.

102 Eine Ergänzung diesen Antrags um einen Absatz in leichter Sprache folgt über
103 einen Änderungsantrag.

X1 Auflösung der nicht mehr aktiven Kreisverbände Hof, Lindau-Westallgäu, Roth, Straubing-Bogen, Fürth und Dachau

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand
Beschlussdatum: 15.04.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

- 1 1. Die Kreisverbände Hof, Lindau-Westallgäu, Roth, Straubing-Bogen, Fürth,
2 Dachau werden aufgelöst, soweit sie ein Zweigverband der GRÜNEN JUGEND
3 sind.
- 4 2. Im Übrigen werden die Kreisverbände aus der GRÜNEN JUGEND ausgeschlossen.
- 5 3. Im Umfang der Auflösung der Kreisverbände fällt ihr Vermögen an die GRÜNE
6 JUGEND Bayern, soweit es keine anderen Berechtigten gibt.
- 7 4. Der örtliche Zuständigkeitsbereich der Kreisverbände werden für Hof dem
8 Kreisverband Bayreuth, für Lindau-Westallgäu dem Kreisverband Allgäu, für
9 Roth dem Kreisverband Nürnberg, für Straubing-Bogen dem Kreisverband
10 Landshut, für Fürth dem Kreisverband Nürnberg und für Dachau dem
11 Kreisverband München übertragen. Die Mitglieder der Kreisverbände werden
12 fortan für Hof dem Kreisverband Bayreuth, für Lindau-Westallgäu dem
13 Kreisverband Allgäu, für Roth dem Kreisverband Nürnberg, für Straubing-
14 Bogen dem Kreisverband Landshut, für Fürth dem Kreisverband Nürnberg und
15 für Dachau dem Kreisverband München zugeordnet.
- 16 5. Gegen diese Entscheidung gibt es den Rechtsbehelf des Einspruchs; er ist
17 binnen zwei Wochen ab dem Tage, an dem die Entscheidung dem Betroffenen
18 schriftlich zugestellt wurde, in Textform an das Bundesschiedsgericht zu
19 stellen.

Begründung

Die oben genannten Kreisverbände haben alle seit mindestens zwei Jahren keine Vorstandswahl durchgeführt. Die jeweiligen Betreuungspersonen im Landesvorstand konnten im letzten halben Jahr keine aktiven Mitglieder ausfindig machen, die auf eine Reaktivierung hoffen lassen. Das bedauern wir sehr!

Wir wollen, dass alle Mitglieder einem aktiven Kreisverband zugeordnet sind, der ihnen einen Raum gibt, sich zu engagieren.

Wir sehen das Problem von immer weiter wachsenden Kreisverbänden durch die Auflösung anderer und die damit immer länger werdenden Wege zum Zentrum des nächstgelegenen, aktiven Kreisverbands. Deshalb bemühen wir uns um eine möglichst gute Kreis- und Bezirksverbandbetreuung durch den Landesvorstand und fördern und begleiten aktiv Neugründungen. Wir freuen uns, bei diesem LJK einige Neugründungen anerkennen zu dürfen!

X2 Nein zu milliardenschweren Einsparungen - Jugendhilfe gerecht reformieren

Antragsteller*in: Diana Schuster (GRÜNE JUGEND Bayern)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Die Grüne Jugend Bayern positioniert sich kritisch gegenüber dem
2 Referentenentwurf zur Reform des Sozialgesetzbuch VIII und setzt sich gegen
3 dessen Umsetzung in der vorliegenden Form ein.

4 Der Landesverband fordert:

- 5 • Keine milliardenschweren Einsparungen unter dem Vorwand der Inklusion.
6 Die inklusive Ausgestaltung des Jugendhilfesystems darf nicht zu einem
7 Abbau individueller Hilfen führen.
- 8 • Erhalt und Stärkung der Selbstbestimmungsrechte sowie der Rechtsansprüche
9 junger Menschen.
10 Der Zugang zu Hilfen zur Erziehung muss niedrigschwellig, bedarfsgerecht
11 und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen gewährleistet werden.
- 12 • Keine weitere Ökonomisierung der Kinder- und Jugendhilfe.
13 Entscheidungen müssen sich am individuellen Bedarf junger Menschen
14 orientieren und dürfen nicht durch Sparlogiken bestimmt werden.
15 Insbesondere darf es nicht dazu kommen, dass junge Menschen aus
16 Kostengründen in ungeeignete Gruppenmaßnahmen gedrängt werden.
- 17 • Ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Jugendämter.
18 Neue oder erweiterte Zuständigkeiten dürfen nicht ohne zusätzliche
19 Ressourcen eingeführt werden. Hilfeplanverfahren müssen auch bei
20 Gruppenhilfemaßnahmen verbindlich erhalten bleiben.

21 Der Landesvorstand positioniert sich öffentlich zu den geplanten Änderungen,
22 sucht den Austausch mit Fachverbänden und Betroffeneninitiativen und spricht
23 aktiv politische Entscheidungsträger:innen auf Landes- und Bundesebene an.

24 Darüber hinaus baut der Landesverband seine Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
25 zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe sowie zu bestehenden strukturellen
26 Misständen gezielt aus.

Begründung

Die geplante Reform des Sozialgesetzbuch VIII verfolgt das Ziel, die Kinder- und Jugendhilfe inklusiver zu gestalten und dabei die Leistungen für Menschen mit Behinderungen mit den Jugendhilfeleistungen in einem System zusammenzuführen. Dieses Ziel ist grundsätzlich zu begrüßen und ein wichtiger Schritt hin zu mehr Teilhabe und Gleichberechtigung.

In der aktuellen Ausgestaltung des Referentenentwurfs besteht jedoch die Gefahr, dass mit dem Anspruch der Inklusion zugleich Einsparungen verbunden werden, die zu realen Leistungseinschränkungen führen. Statt einer Verbesserung droht damit eine Verschlechterung für junge Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Schon heute steht insbesondere die stationäre Jugendhilfe unter erheblichem Druck. Als kostenintensive, aber absolut notwendige Hilfeform droht sie durch die Reform weiterhin eingeschränkt zu werden.

Zudem zeichnet sich eine stärkere Ausrichtung auf pauschale Maßnahmen ab. Dadurch besteht die Gefahr, dass individuelle Bedarfe weniger berücksichtigt werden und Hilfen sich stärker an Kosten als an den tatsächlichen Bedürfnissen junger Menschen orientieren.

Vor diesem Hintergrund ist der Referentenentwurf in seiner aktuellen Form nicht geeignet, eine wirklich inklusive und gerechte Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen. Eine zukunftsfähige Reform muss sicherstellen, dass die Kinder- und Jugendhilfe bedarfsgerecht ausgestaltet, ausreichend finanziert und konsequent an den Rechten und Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet wird und nicht an Einsparzielen.

X3 Digitale Souveränität made in Bayern

Antragsteller*in: Fabian Deibl

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Digitalisierung prägt zunehmend alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens
2 und ist längst Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet darüber,
3 wie Menschen Zugang zu staatlichen Leistungen erhalten, wie wirtschaftliche
4 Entwicklung stattfindet und wie demokratische Teilhabe organisiert wird. Dennoch
5 bleibt Deutschland und auch Bayern in vielen Bereichen hinter den Möglichkeiten
6 einer modernen, digitalen Gesellschaft zurück. Verwaltungsleistungen sind häufig
7 kompliziert, langsam oder weiterhin ausschließlich analog verfügbar.

8 Anwender*innen müssen dieselben Daten mehrfach angeben, unterschiedliche
9 Behörden kommunizieren nur unzureichend miteinander und digitale Angebote sind
10 oft nur fragmentiert verfügbar. Dies führt zu ineffizienten
11 Verwaltungsprozessen, erhöhtem bürokratischem Aufwand und sinkendem Vertrauen in
12 staatliche Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus führen fehlende digitale
13 Infrastruktur und unzureichende digitale Kompetenzen dazu, dass nicht alle
14 Menschen gleichermaßen von digitalen Angeboten profitieren können. Besonders im
15 ländlichen Raum zeigen sich in Bezug auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur
16 weiterhin deutliche Defizite.

17 Digitale Souveränität ist dabei eine zentrale politische Herausforderung und
18 sollte ganzheitlich gedacht werden. Staatliche Stellen sind in hohem Maße von
19 einzelnen großen außereuropäischen Technologieanbietern abhängig, während eigene
20 Kompetenzen und offene Infrastrukturen zu wenig ausgebaut sind. Dadurch
21 entstehen Risiken für langfristige Handlungsfähigkeit, Datenschutz und
22 demokratische Kontrolle.

23 Für uns als junge Generation ist klar: Digitalisierung ist kein rein technischer
24 Prozess und darf nicht allein marktgetrieben erfolgen. Sie muss politisch
25 gestaltet werden – mit dem Ziel, staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken,
26 technologische Abhängigkeiten zu reduzieren und digitale Teilhabe für alle zu
27 sichern.

28 Die Grüne Jugend Bayern möge beschließen:

29 Die Grüne Jugend Bayern setzt sich für eine umfassende Strategie zur digitalen
30 Souveränität und zur Modernisierung staatlicher Infrastruktur in Bayern ein.
31 Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der öffentliche Dienstleistungen effizient
32 organisiert, digitale Teilhabe ermöglicht und seine technologische
33 Unabhängigkeit stärkt.

34 Hierfür fordern wir insbesondere folgende Maßnahmen:

35 Der Staat als digitale Plattform

36 Der Staat muss digitale Leistungen übersichtlich, zugänglich und effizient
37 bereitstellen. Wir setzen uns daher für den Auf- und Ausbau einer zentralen
38 digitalen Plattform ein, über die staatliche Dienstleistungen einfach und
39 barrierefrei genutzt werden können.

40 Bereits bestehende digitale Angebote sollen systematisch ineinander integriert,
41 weiterentwickelt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden, um ihre Nutzung
42 zu stärken und gleichzeitig Parallelstrukturen abzubauen.

43 Diese Plattform soll Verwaltungsleistungen strukturiert bündeln und eine sichere
44 digitale Identifizierung gegenüber Behörden ermöglichen. Darüber hinaus soll sie
45 als zentrale Infrastruktur für digitale Beteiligungsformate dienen und es
46 ermöglichen, sich unmittelbar digital in demokratische Prozesse einzubringen.
47 Neben klassischen Verwaltungsleistungen sollen auch digitale Angebote aus den
48 Bereichen Mobilität/ÖPNV, Gesundheit und Soziales sowie kommunale
49 Dienstleistungen integriert werden.

50 Bereits angestoßene digitale Plattformen wie BayernPortal und Das Bundesportal
51 sollen dabei sukzessive vereinheitlicht und unter einem Dach zusammengefasst
52 werden. Das bereits initiierte Onlinezugangsgesetz (OZG) muss in diesem Rahmen
53 aus Anwender*innen-Sicht gedacht werden und weniger die behördlichen Strukturen
54 in den Mittelpunkt stellen. Um die Mehrfacherhebungen von Daten zu vermeiden und
55 Verwaltungsprozesse zu beschleunigen, muss eine behördenübergreifende
56 Schnittstellenarchitektur geschaffen werden. Kommunen spielen dabei als erste
57 Anlaufstelle für die Menschen vor Ort eine zentrale Rolle in der öffentlichen
58 Verwaltung. Deshalb muss das Land Bayern kommunale Verwaltungen finanziell und
59 organisatorisch beim Ausbau digitaler Verwaltungsprozesse unterstützen und
60 zentrale Verfahren verpflichtend digitalisieren. Der bereits angestoßene
61 Digitalisierungsprozess von Verwaltungsleistungen muss dabei konsequenter und
62 zielführender werden.

63 Bei allen digitalen Verwaltungsstrukturen müssen Datenschutz, Transparenz und
64 informationelle Selbstbestimmung gewährleistet bleiben. Digitale
65 Verwaltungsplattformen dürfen nicht zu einer Ausweitung staatlicher Überwachung
66 führen! Sicherheitsbehörden sind daher von dieser Plattformstruktur auszunehmen.

67 Digitale Infrastruktur als öffentliche Grundversorgung

68 Digitale Infrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche
69 Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse.

70 Wir fordern daher, Glasfaseranschlüsse als grundlegende Infrastrukturleistung im
71 Rahmen einer digitalen Grundversorgung zu etablieren und insbesondere den Ausbau
72 in ländlichen und strukturschwachen Regionen konsequent voranzutreiben. Parallel
73 dazu muss der Ausbau moderner Mobilfunknetze als verpflichtender Bestandteil
74 einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur sichergestellt werden. Ziel ist
75 eine verlässliche und leistungsfähige Konnektivität für alle Menschen,
76 unabhängig von ihrem Wohnort. Dazu gehört auch eine lückenlose Netzabdeckung
77 entlang von Bahnstrecken und wichtigen Verkehrsachsen.

78 Das Land Bayern muss eine aktive Rolle beim Ausbau digitaler Infrastruktur
79 einnehmen und insbesondere strukturschwache Regionen gezielt unterstützen.

80 Open Source und digitale Souveränität

81 Die öffentliche Verwaltung darf nicht dauerhaft von einzelnen großen
82 Softwareanbietern abhängig sein. Digitale Souveränität bedeutet, dass staatliche
83 Institutionen Kontrolle über ihre technischen Systeme behalten.

84 Wir fordern deshalb, dass nach dem Prinzip "Public Money - Public Code"
85 öffentlich finanzierte Software grundsätzlich als Open Source veröffentlicht
86 werden soll. In unseren Behörden und Kommunen soll Linux als
87 Standardbetriebssystem etabliert werden. Im Rahmen der IT-Beschaffung sollen
88 zukünftig offene Softwarelösungen stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig
89 setzen wir uns für den Aufbau eines Kompetenzzentrums als strategisches
90 Steuerungselement für digitale Souveränität ein. Diese Einrichtung soll
91 Anwendungen im Open-Source Verfahren entwickeln, betreiben und allgemeingültige
92 Standards für die öffentliche Verwaltung erarbeiten. Zudem kann dieses
93 Kompetenzzentrum als beratender Partner für Kommunen und Behörden zur Seite
94 stehen. Bereits diesbezüglich in Dienst gestellte Organisationen, wie die
95 Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) oder das Open Data
96 Kompetenzzentrum in Bayern "open bydata competence centre", sollen in
97 Zusammenarbeit mit dem auf Bundesebene agierenden "Zentrum für digitale
98 Souveränität der Öffentlichen Verwaltung" ihre Kompetenzen bündeln und ausbauen.
99 Denn ein Staat der seine Software nicht selbst entwickeln und betreiben kann,
100 ist kein rundum souveräner, unabhängiger Staat.

101 Offene Software und lokal verwaltete Infrastruktur stärkt daher Transparenz,
102 Innovationsfähigkeit und langfristige Kostenkontrolle und trägt zugleich zur
103 digitalen Resilienz und Unabhängigkeit Europas bei.

104 Digitale Bildung und gerechte Teilhabe

105 Digitale Kompetenzen sind heute eine zentrale Voraussetzung für
106 gesellschaftliche Teilhabe. Bildungspolitik muss dieser Realität endlich gerecht
107 werden. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende digitale Grundbildung an
108 Schulen ein, die Schülerinnen und Schüler befähigt, digitale Technologien
109 sicher, kompetent und verantwortungsvoll zu nutzen. Gleichzeitig müssen die
110 digitalen Angebote staatlicher Institutionen barrierefrei gestaltet werden,
111 damit sie für alle Menschen zugänglich sind. Darüber hinaus wollen wir
112 sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen ihrer
113 Eltern in der Schule Zugang zu den notwendigen digitalen Endgeräten erhalten,
114 damit Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen. Dazu gehören vor allem
115 (ausschließlich) schulisch nutzbare Geräte wie Laptops oder Tablets. Ergänzend
116 braucht es Informations- und Bildungsangebote für Eltern, damit auch sie im
117 Umgang mit digitalen Medien unterstützt werden und ihre Kinder kompetent
118 begleiten können.

119 Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unterstützen wir zudem strengere
120 Regulierungen digitaler Plattformen und algorithmischer Empfehlungssysteme,
121 insbesondere wenn diese auf manipulative oder suchtvorstärkende Mechanismen
122 setzen. Sofern sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen sollten, fordern
123 wir ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14-Jahren. Darüber hinaus
124 braucht es mit Blick auf den Schutz unserer Demokratie klare Regeln gegen
125 Desinformation, Radikalisierung und gesellschaftliche Spaltung. Bayern sollte
126 sich deshalb auf allen politischen Ebenen für einen wirksamen Kinder-, Jugend-
127 und Demokratieschutz im digitalen Raum einsetzen.

Begründung

Deutschland und Bayern haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte in Richtung Digitalisierung unternommen, bleiben jedoch weiterhin hinter den Anforderungen einer modernen und digitalen Gesellschaft zurück. Viele digitale Angebote in der Verwaltung orientieren sich vor allem an Behördenabläufen statt an den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb dauern Verfahren oft zu lange, Angebote sind Mangelware, unübersichtlich und technisch nicht gut miteinander verbunden. Eine moderne Digitalpolitik muss deshalb mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen: Sie muss staatliche Handlungsfähigkeit stärken, bürokratische Prozesse vereinfachen, technologische Abhängigkeiten reduzieren und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit sichern. Eine moderne, demokratische Gesellschaft ist auf eine funktionierende digitale Infrastruktur angewiesen – in Bildung, Mobilität, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Gleichzeitig erleben viele Menschen weiterhin digitale Hürden, etwa durch fehlende Netzinfrastruktur, mangelnde Kompetenzen oder unzugängliche staatliche Angebote. Ein handlungsfähiger digitaler Staat kann diese Herausforderungen adressieren und Ihnen wirkungsvoll entgegenreten. Durch offene Software, moderne Infrastruktur und eine konsequente Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen kann der Staat effizienter arbeiten und gleichzeitig demokratische Kontrolle sowie Datenschutz gewährleisten. Digitale Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet mit darüber, ob alle Menschen gleichberechtigt an den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft teilhaben können.

Bayern muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen!

X4 Frieden bewahren heißt: Verantwortung in Bayern übernehmen

Antragsteller*in: Maximilian Mattig (GRÜNE JUGEND Bayern)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Präambel

2 Der brutale und völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
3 dauert inzwischen seit vier Jahren an und hat die europäische Friedensordnung
4 erschüttert. Zugleich erleben wir, dass autoritäre Staaten und Akteure nicht nur
5 mit Waffen, sondern auch mit Desinformation, Cyberangriffen und politischer
6 Einflussnahme gegen offene Gesellschaften, wie unserer vorgehen. Trumps
7 Drohungen gegen Grönland haben die Fragilität sicher geglaubter Bündnisse
8 aufgezeigt. Damit geraten nicht allein Grenzen und Territorien unter Druck,
9 sondern auch das Vertrauen in Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit. Sie müssen
10 geschützt und immer wieder neu gestärkt werden.

11 Wir sind Teil einer internationalen Ordnung, die aus den Lehren von Krieg,
12 Diktatur und Zerstörung entstanden ist. Diese Ordnung gründet auf dem
13 Völkerrecht, auf der Souveränität von Staaten und auf dem klaren Verbot,
14 politische Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Gerade diese Grundsätze
15 werden heute offen herausgefordert. Wenn Macht wieder vor Recht gestellt wird,
16 wenn Grenzen mit Gewalt verschoben, Gesellschaften gezielt destabilisiert und
17 demokratische Institutionen angegriffen werden, dann geht es nicht um ferne
18 Konflikte allein. Dann geht es um die Verteidigung der Grundlagen unseres
19 Zusammenlebens in einem geeinten Europa. Wer das Völkerrecht missachtet, greift
20 damit immer auch die Sicherheit derjenigen an, die auf Recht, Freiheit und
21 Frieden vertrauen.

22 Nur wo Menschen ohne Angst vor Gewalt und Krieg leben können, bleiben politische
23 Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und individuelle Freiheit dauerhaft
24 gesichert.

25 Die Menschen in Uniform sind ein unverzichtbarer Teil dieser
26 Sicherheitsarchitektur. Ihr Dienst ist kein Selbstzweck, sondern dient dem
27 Schutz von Frieden. Soldat*innen schwören nicht auf einen Herrscher, eine Partei
28 oder eine Ideologie, sondern auf das Grundgesetz, mit der Menschenwürde an
29 erster Stelle. Wer den Frieden bewahren will, muss in der Lage sein, Freiheit
30 und Recht entschlossen zu schützen. Das ist kein Bruch mit einer Politik des
31 Friedens, sondern eine Konsequenz aus der tragischen Erfahrung, dass Frieden
32 ohne Schutz verwundbar ist und proaktiv geschützt werden muss.

33 Die Menschen in Uniform tragen aktiv dazu bei, dieses Ziel zu verwirklichen.
34 Bayern trägt die Verantwortung, gute Bedingungen für die Menschen, die auch in
35 der Bundeswehr dienen zu schaffen sowie für eine Ausstattung und Infrastruktur,
36 die dem Auftrag entspricht und für Strukturen zu sorgen, die auf die
37 Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet sind. Dabei tragen wir auch eine
38 Verantwortung für die Sicherheit Europas und der gemeinsamen Idee eines
39 friedlichen Kontinents.

40 Dieser Antrag steht deshalb für die Überzeugung, dass Freiheit geschützt werden
41 muss, wenn sie bestehen soll. Er verbindet das Eintreten für Frieden mit dem
42 Bewusstsein, dass Demokratie wehrhaft und resilient sein muss. Wer unsere offene

43 Gesellschaft bewahren will, muss bereit und fähig sein, ihre Grundlagen zu
44 verteidigen.

45 Gerade weil Außen- und Verteidigungspolitik weitgehend Bundesaufgabe sind, muss
46 Bayern dort Verantwortung übernehmen, wo der Freistaat selbst handeln kann: im
47 Bevölkerungsschutz und Ehrenamt, in der sozialen Infrastruktur, in der
48 Ausbildung, in der Mobilität und in der Gesundheitsversorgung.

49 Gerade deshalb darf progressive Politik dieses Feld nicht der CSU überlassen.
50 Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit und der Schutz unserer demokratischen Ordnung
51 und Zivilbevölkerung sind keine exklusiv konservativen Themen, sondern zentrale
52 Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und ein solidarisches
53 Zusammenleben. Wer den Anspruch hat, eine offene Gesellschaft aktiv zu
54 gestalten, muss auch Antworten auf die veränderte sicherheitspolitische Lage
55 geben - verantwortungsvoll, wertegeleitet und international eingebettet. Wenn
56 wir diesen Anspruch nicht selbstbewusst formulieren, überlassen wir die
57 Deutungshoheit der CSU und anderen Kräften, die Sicherheit vor allem national
58 verengen oder politisch instrumentalisieren. Progressive Politik muss daher klar
59 machen: Eine wehrhafte Demokratie ist kein Widerspruch zu einer solidarischen
60 Gesellschaft, sondern deren Voraussetzung.

61 **Katastrophen- und Zivilschutz stärken**

62 Katastrophenschutz ist Daseinsvorsorge, nicht Ausnahmezustand!

63 Wir fordern einen modernisierten Katastrophen- und Zivilschutz, um den
64 Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Die Schaffung des Landesamtes
65 für Bevölkerungsschutz innerhalb des bayerischen Innenministeriums war ein
66 erster guter Schritt, doch dort darf es nicht enden! Extremwetter werden
67 zunehmen. Die Pandemie hat gezeigt, dass unerwartete Ereignisse weitreichende
68 Folgen haben können. Auch technisches Versagen, Sabotage oder Terror können
69 Stromausfälle und andere Krisen auslösen. Mit moderner Ausstattung, starkem
70 Rückhalt für die Einsatzkräfte und einer robusten Infrastruktur muss dafür
71 gesorgt werden, dass die Landkreise und Kommunen auf jede Krise vorbereitet sind
72 - damit die Menschen in Bayern auch in schwierigen Zeiten sicher und frei leben
73 können. Dazu gehört auch die Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.
74 Diese stellt die Beratungsexpertise der Bundeswehr zur Verfügung und sorgt im
75 Ernstfall für eine effizientere Amtshilfe. Nur so können wir auch in
76 Krisenzeiten oder Spannungsfällen in Freiheit und Sicherheit leben! Alle
77 entsprechenden Akteure müssen regelmäßig miteinander anspruchsvolle Szenarien
78 üben.

79 Wir fordern, dass für alle Bereiche des Katastrophenschutzes ein für Bayern
80 einheitlicher, sinnvoller und zweckmäßiger Gesetzesrahmen geschaffen wird, der
81 schnelle und lokale Verantwortung durch die Landratsämter bzw. Kommunen
82 ermöglicht und die Koordination zwischen Landes- und Bundesbehörden, soweit die
83 Landesgesetze dies ermöglichen, vereinheitlicht.

84 Zusätzlich sollen Landkreise Katastrophenschutzbedarfspläne aufstellen und durch
85 die Staatsregierung finanziell unterstützt werden, diese umzusetzen.

86 Wir fordern verbindliche und moderne Standards zur Notstrom- und
87 Krisenfestigkeit, sowie Kraftstoffbevorratung kritischer Infrastrukturen wie

88 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Trink- und Abwasserwerke, Leitstellen,
89 Feuerwehrgerätehäusern und kommunale Verwaltungsstandorte in ganz Bayern.

90 Wir fordern eine bessere soziale, rechtliche und finanzielle Absicherung
91 ehrenamtlicher Einsatzkräfte, durch Überarbeitung der Freistellungs- und
92 Verdienstausschließungsregelungen.

93 Wir fordern eine landesweite Nachwuchsstrategie für Feuerwehr, THW,
94 Rettungsdienste und weitere Organisationen des Bevölkerungsschutzes über alle
95 Altersgruppen hinweg.

96 Wir fordern, dass Krisenkommunikation mehrsprachlich umgesetzt wird! Warnungen,
97 Verhaltensempfehlungen und Informationsmaterialien sollen mindestens in den
98 häufigsten in Bayern gesprochenen Sprachen sowie in leichter Sprache
99 barrierearm, kostenlos und für jeden schnell und überall verfügbar sein.

100 Wir fordern, dass verbindliche Kommunale Notfalltreffpunkte entstehen. In jeder
101 Kommune sollen klar ausgewiesene Notfall- und Informationspunkte eingerichtet
102 werden, die bei Blackouts, Hochwasser oder Großschadenslagen als Anlaufstelle
103 für Bevölkerung, Hilfeersuchen und Erstversorgung dienen. Für die Bereitstellung
104 des dafür notwendigen Materials soll die Staatsregierung, den Kommunen die
105 notwendigen finanzielle Mittel bereitstellen bzw. diese unterstützen.

106 **Bereichsausnahmen der Schuldenbremse für unsere** 107 **Sicherheit nutzen!**

108 Die Landkreise und Kommunen sind der erste Anlaufpunkt wenn es um die konkrete
109 Umsetzung ziviler Schutzeinrichtungen und die Koordination von Katastrophen
110 geht. Von einfachsten Löschteichen und Sirenen, Lagerflächen, Gerätehäusern und
111 Fahrzeuge bzw. Ausrüstung der Feuerwehren bis zu komplexen
112 Katastrophenschutzzentren, Leitstellen, Bunker- und Kommunikationssystemen - all
113 das müssten Kreise bzw. Kommunen aus ihren eigenen Haushalten finanzieren. Der
114 Freistaat muss seiner Verantwortung endlich gerecht werden und Gelder, die den
115 Kommunen zustehen und dringend für die Umsetzung dieser Maßnahmen gebraucht
116 werden, nicht länger vorenthalten. Die Katastrophenschützer*innen und
117 Gemeinderat*innen vor Ort wissen wo diese Gelder am besten eingesetzt werden und
118 brauchen jetzt Handlungsspielraum! Die Staatsregierung darf sich nicht länger
119 hinter einer starren und veralteten Auslegung der Schuldenbremse verstecken,
120 während Kommunen die Kosten für Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz allein
121 schultern sollen. Wir fordern deshalb eine Reform der bayerischen Schuldenbremse
122 und die konsequente Nutzung der bundesrechtlich eröffneten
123 Investitionsspielräume, damit Mittel für Infrastruktur, Bevölkerungsschutz und
124 kommunale Resilienz schnell und verbindlich bei den Städten, Gemeinden und
125 Landkreisen ankommen.

126 Wer Sicherheit ernst meint, muss Kommunen endlich in die Lage versetzen,
127 Sirenen, Notstrom, Schutzräume, Krisenkommunikation und robuste öffentliche
128 Infrastruktur verlässlich aufzubauen!

129 **Kitaplätze schaffen!**

130 Ein funktionierendes Gemeinwesen basiert auf der Erfüllung grundlegender
131 staatlicher Pflichten - dazu gehört primär auch der Rechtsanspruch jedes Kindes
132 auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. In Bayern sehen wir jedoch,
133 dass dieser Anspruch an den Kasernenstandorten durch die spezifische Belastung
134 von Familien im Schicht- und Einsatzdienst überhaupt nicht umgesetzt werden
135 kann. Es ist eine unbestreitbare strukturelle Notwendigkeit, die Kinderbetreuung
136 an diesen Standorten zu erweitern, um die Dienstfähigkeit der Bundeswehr und die
137 Lebensrealität der Angehörigen mit dem staatlichen Bildungsauftrag in Einklang
138 zu bringen. Die Erweiterung der Kita-Infrastruktur an diesen Standorten ist
139 somit keine Option, sondern eine bauliche und soziale Pflichtaufgabe der
140 Landesregierung. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf, gemeinsam mit
141 dem Bund, der Bundeswehr, den betroffenen Kommunen und freien Trägern ein
142 bedarfsgerechtes Ausbauprogramm für die Kinderbetreuung an bayerischen
143 Bundeswehrstandorten aufzulegen. Es braucht zusätzliche Krippen- und Kitaplätze
144 sowie Öffnungszeiten, die verlässlich bzw. planbar Schicht-, Übungs- und
145 Einsatzrhythmen abbilden können. Darüber hinaus müssen die
146 Gleichstellungsbeauftragten einbezogen werden. Hierfür sind die
147 landesrechtlichen und finanziellen Instrumente des Freistaats, insbesondere die
148 kommunale Bedarfsplanung und Förderung nach dem BayKiBiG sowie investive Mittel
149 aus der Ländersäule des Sondervermögens konsequent zu nutzen. Denn solange Care-
150 Arbeit und Familienverantwortung nicht politisch mitgedacht werden, werden
151 Frauen in der Bundeswehr systematisch benachteiligt. Ungeachtet dessen müssen
152 natürlich auch in jeder anderen Kommune und für die Zivilbevölkerung neue und
153 mehr Kitaplätze geschaffen werden!

154 **Infrastruktur an bayerischen Kasernenstandorten 155 stärken!**

156 Die Standorte der Bundeswehr in Bayern sind oft tief im ländlichen Raum
157 verwurzelt. Doch die aktuelle Planungspolitik droht, diese Standorte zu
158 isolieren und zu ‚Inseln der Autozentrierung‘ zu degradieren, was die soziale
159 und ökologische Transformation der Regionen aktiv behindert, ohne einen Mehrwert
160 zu schaffen. Wir fordern daher eine Abkehr von der rein Pkw-zentrierten Planung
161 hin zu einer nachhaltigen, multimodalen Mobilitätsstrategie. Wir fordern die
162 Bayerische Staatsregierung auf, eine systematische Erfassung aller
163 Bundeswehrstandorte hinsichtlich ihrer ÖPNV-Anbindung durchzuführen und die
164 Qualität dieser Anbindung als verbindliche Bedingung für staatliche Förderung
165 von Neubau- oder Erweiterungsprojekten festzulegen und in weitere Planungen zu
166 integrieren. Diese Forderung ist im Kern ein Gebot der Mobilitätsgerechtigkeit.
167 Ein funktionierender ÖPNV an Kasernenstandorten ist keine Privilegierung der
168 Truppe, sondern eine notwendige Investition in die regionale Infrastruktur, von
169 der die gesamte Zivilbevölkerung profitiert, denn wir fordern dass neue Routen
170 zwangsläufig die Anbindung von ländlichen Gebieten verbessern. Wenn neue
171 Bundeswehrstandorte eröffnet werden, oder bestehende besser angeschlossen
172 werden, muss die umliegende Region auch durch eine Verbesserung im ÖPNV davon
173 profitieren! Wir müssen sicherstellen, dass die Mobilität von Soldat*innen –
174 insbesondere von jungen Menschen und Personen in niedrigeren Dienstgraden, die
175 nicht über die Ressourcen für einen eigenen PKW verfügen – nicht durch

176 infrastrukturelle Vernachlässigung eingeschränkt wird. Und dass das Bahnfahren
177 in Uniform für Soldaten attraktiver wird, um auch die Sichtbarkeit und
178 Nahbarkeit der Soldat*innen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Indem wir die
179 Anbindung der Kasernen an das regionale Verkehrsnetz stärken, fördern wir die
180 Revitalisierung des ländlichen Raums, reduzieren die CO2-Emissionen und schaffen
181 eine moderne Mobilitätsgarantie, die den Anforderungen einer
182 zukunftsorientierten Gesellschaft gerecht wird.

183 **Bildungsurlaub einführen und Reservedienst** 184 **ermöglichen!**

185 Ein lebendiges Gemeinwesen basiert auf der Bereitschaft seiner Bürger*innen,
186 Verantwortung für das Kollektiv zu übernehmen. Doch in einer Arbeitswelt, die
187 zunehmend auf totale Verfügbarkeit und permanente Verwertbarkeit von
188 Arbeitskraft setzt, droht bürgerschaftliches Engagement als bloßes
189 wirtschaftliches Risiko diskreditiert zu werden. Wir beobachten, dass die
190 Ausübung des Ehrenamtes und Reservistendienstes heute oft an den Interessen der
191 rein profitmaximierenden Unternehmen scheitert, die die Abwesenheit von
192 Arbeitskraft primär als Produktivitätsverlust wertet. Diese strukturelle
193 Schwäche der bürgerschaftlichen Teilhabe ist kein Zufall, sondern das direkte
194 Resultat einer jahrzehntelangen, rückwärtsgewandten Blockadepolitik der CSU.

195 Indem die Landesregierung die Einführung eines Bildungsurlaubsgesetzes in Bayern
196 konsequent verhindert hat, hat sie den Arbeitgebenden ein mächtiges Werkzeug in
197 die Hand gegeben, gesellschaftliches Engagement als Hindernis für die reine
198 Produktivität zu instrumentalisieren. Wir fordern daher ein Ende dieser
199 politischen Rückwärtsgewandtheit mit zwei entscheidenden Schritten:

200 Erstens fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs in Bayern,
201 um die demokratische Teilhabe und die persönliche Weiterentwicklung ALLER
202 Arbeitnehmenden gegen rein profitgetriebene Interessen zu schützen.

203 Zweitens muss die rechtliche Gleichstellung der Reservistenfreistellung mit
204 diesem Bildungsurlaub sichergestellt werden.

205 Durch diese Verknüpfung entziehen wir den repressiven Mechanismen der
206 Arbeitgeber die Grundlage, die individuelle Bereitschaft zur gesellschaftlichen
207 Verantwortung als Gefahr für die Ertragsmaximierung zu brandmarken. Es ist die
208 Aufgabe einer progressiven Politik, den Raum für gesellschaftliches Engagement
209 zu sichern und sicherzustellen, dass das Recht auf einen Beitrag zum Gemeinwohl
210 nicht an den ökonomischen Zwängen der Arbeitsplatzsicherung scheitert.

211 **Psychosoziale Versorgung aufstocken!**

212 Ein wesentlicher Pfeiler einer stabilen Gesellschaft ist die psychische
213 Resilienz ihrer Mitglieder - dies gilt für die gesamte Zivilgesellschaft ebenso
214 wie für die Menschen in Uniform. Wir fordern daher den Aufbau niederschwelliger,
215 konfessionell ungebundener, psychosozialer Beratungsangebote in bayerischen
216 Städten und Gemeinden mit Bundeswehrstandorten und zivilen
217 Katastrophenschutzzentren. Diese Angebote müssen darauf ausgerichtet sein, die
218 tief verwurzelte Stigmatisierung psychischer Belastungen aufzubrechen und die

219 Folgen von Traumatisierungen, wie etwa posttraumatische Belastungsstörungen
220 (PTBS), proaktiv zu adressieren. Darüber hinaus braucht es vorbeugende
221 Maßnahmen, wie etwa Einsatzvor- und nachbereitungen. Diese Angebote müssen
222 allesamt vertraulich sein und klare Absicherungen gegen dienstliche Nachteile
223 enthalten. Darüber hinaus müssen diese Strukturen gezielt dazu beitragen, die
224 Barrieren patriarchaler Rollenbilder abzubauen, die den Zugang zu notwendiger
225 Hilfe oft durch ein Ideal der vermeintlichen Unverwundbarkeit verhindern. Ein
226 solcher Aufbruch ist essenziell, um die individuelle Handlungsfähigkeit zu
227 stärken und gleichzeitig die immense Care-Verantwortung der Angehörigen und
228 Partner*innen zu unterstützen, die in Krisenzeiten oft die Last der psychischen
229 Unterstützung im privaten Raum allein tragen. Es braucht eine nachhaltige
230 psychosoziale Infrastruktur, die sowohl die Menschen in Uniform als auch die
231 gesamte bayerische Gesellschaft stärkt.

232 **Medizinische Versorgung stärken: Für ein neues** 233 **Bundeswehrkrankenhaus in Bayern!**

234 Bayern verfügt aktuell über kein eigenes Bundeswehrkrankenhaus. Soldat*innen und
235 Bundeswehrangehörige sind damit auf die zivile Regelversorgung oder lange
236 Fahrten nach Ulm, Koblenz, Hamburg oder Berlin zu den anderen
237 Bundeswehrkrankenhäusern angewiesen - eine Lücke, die in Zeiten erhöhter
238 Einsatzbereitschaft und wachsender Truppenstärke nicht länger akzeptabel ist.
239 Wir fordern deshalb die bayerische Staatsregierung auf, sich gegenüber dem Bund
240 für die Errichtung eines Bundeswehrkrankenhauses an einem geeigneten bayerischen
241 Standort, einzusetzen, das sowohl auf die spezifischen medizinischen Bedarfe von
242 Soldat*innen als auch auf die psychiatrische und traumatologische Nachsorge nach
243 Auslandseinsätzen ausgerichtet ist. Dieses Krankenhaus soll nicht als isolierte
244 Militäreinrichtung gedacht werden, sondern als integriertes Gesundheitszentrum
245 mit starker zivil-militärischer Verzahnung. Zivile Medizinstudent*innen sollen,
246 wie an jedem anderen Krankenhaus auch, die Möglichkeit bekommen, Teile ihres
247 Studiums und ihrer praktischen Ausbildung dort zu absolvieren. Umgekehrt
248 profitiert die zivile Bevölkerung der Region von einer leistungsfähigen Klinik,
249 die insbesondere in der Notfall- und Traumaversorgung Maßstäbe setzen kann. So
250 nutzt die Bundeswehr heute schon ihre eigenen Krankenhäuser primär um die eigenen
251 Ärzt*innen und Sanitäter in Übung zu halten und versorgt überwiegend zivile
252 Patient*innen mit einer weit höheren Qualität als andere Krankenhäuser das können,
253 denn die Bundeswehr muss keinen Profit machen sondern exzellentes Personal
254 ausbilden. Diese Doppelfunktion stärkt gleichzeitig die regionale
255 Gesundheitsversorgung, die Krisen und Katastrophenresilienz und reduziert den
256 flächendeckenden Ärztemangel im ländlichen Bayern.

257 Darüber hinaus fordern wir ausdrücklich, dass das Bundeswehrkrankenhaus alle
258 reproduktionsmedizinischen Leistungen anbietet, zu denen explizit auch
259 Schwangerschaftsabbrüche gehören. Es kann nicht sein, dass Soldatinnen und
260 Bundeswehrangehörige für die Inanspruchnahme dieser medizinischen Leistungen
261 besondere Hürden überwinden müssen oder auf eine ohnehin ausgedünnte zivile
262 Versorgungsstruktur angewiesen sind. Ein modernes Bundeswehrkrankenhaus muss die
263 Gesundheitsrechte aller Angehörigen der Bundeswehr vollumfänglich,
264 hochqualitativ und niederschwellig sicherstellen.

265 Als mögliche Standorte bieten sich beispielsweise Nürnberg oder Ingolstadt
266 aufgrund der Nähe zu Flughäfen, Universitäten und bestehender
267 Bundeswehrinfrastruktur an, es sind aber natürlich auch andere wie Weiden,
268 Würzburg oder Regensburg möglich und sinnvoll.

269 **Katastrophenschutz gehört in den Stundenplan!**

270 Die Klimakrise, zunehmende Extremwetterereignisse, Stromausfälle oder auch
271 Pandemien zeigen, dass Katastrophen- und Zivilschutz längst kein Nischenthema
272 mehr ist, sondern zum Alltag einer modernen Gesellschaft gehört. Kinder und
273 Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der sie nicht nur geschützt, sondern
274 auch handlungsfähig sein müssen. Wir fordern daher, Katastrophenschutzunterricht
275 und "Blaulichtkunde" oder "Zivilschutzstunden" verbindlich an bayerischen
276 Schulen zu verankern.

277 Schulen sollen hierfür systematisch mit dem Technischen Hilfswerk (THW), dem
278 Bayerischen Roten Kreuz (BRK), der Feuerwehr, Rettungsdiensten und der
279 Bundeswehr im Bereich des zivilen Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im
280 Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen praktische Fähigkeiten und
281 gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen in den weiterführenden
282 Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in Gefahrensituationen verhalten
283 (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts, oder Unfällen), wie sie
284 Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie stabile Seitenlage und
285 Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in Evakuierungssituationen
286 orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität im Krisenfall praktisch
287 aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche Inhalte vermittelt
288 werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten Gefahrensymbole, wer
289 ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig? Dazu gehören auch
290 Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von Stressreaktionen bei
291 sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit Gerüchten und Desinformation
292 in Krisensituationen.

293 Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein
294 umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den
295 Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig
296 aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr,
297 THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches
298 Engagement zu werben: durch Projektstage, AGs, Schulkooperationen und
299 Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

300 So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und
301 dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“,
302 sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen
303 Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und
304 anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten,
305 in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben,
306 Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften
307 gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu
308 vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr
309 zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die
310 Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

311 Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft,
312 Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in
313 ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender
314 sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen
315 Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh
316 positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt,
317 dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern
318 solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den
319 Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und
320 attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu
321 übernehmen.

322 Katastrophenschutzes zusammenarbeiten. Im Mittelpunkt dieses Unterrichts stehen
323 praktische Fähigkeiten und gesellschaftliche Verantwortung. Schüler*innen sollen
324 in den weiterführenden Schulen beispielsweise lernen, wie sie sich in
325 Gefahrensituationen verhalten (z.B. bei Feuer, Hochwasser, Unwettern, Blackouts,
326 oder Unfällen), wie sie Notlagen erkennen und wo sie wie Hilfe holen, wie
327 stabile Seitenlage und Wiederbelebung funktionieren, wie sie sich in
328 Evakuierungssituationen orientieren und wie Nachbarschaftshilfe und Solidarität
329 im Krisenfall praktisch aussehen können. Es sollen allgemeine und grundsätzliche
330 Inhalte vermittelt werden: Wie legt man einen Notfallvorrat an, was bedeuten
331 Gefahrensymbole, wer ist eigentlich für was im Katastrophenschutz zuständig?
332 Dazu gehören auch Grundlagen der psychischen Erste Hilfe, das Erkennen von
333 Stressreaktionen bei sich und anderen sowie der reflektierte Umgang mit
334 Gerüchten und Desinformation in Krisensituationen.

335 Wir fordern, dass in der Oberstufe an allen weiterführenden Schulen ein
336 umfassender Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend durchgeführt wird, der den
337 Anforderungen für den Führerschein genügt, kostenlos ist und regelmäßig
338 aufgefrischt werden kann. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit mit Feuerwehr,
339 THW, BRK und anderen Hilfsorganisationen genutzt werden, um für ehrenamtliches
340 Engagement zu werben: durch Projektstage, AGs, Schulkooperationen und
341 Einsatzübungen zum Anschauen und Mitmachen.

342 So lernen junge Menschen früh, dass Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe ist und
343 dass Ehrenamt im Katastrophen- und Rettungsschutz nicht nur „nice to have“,
344 sondern ein tragender Pfeiler unserer demokratischen und solidarischen
345 Gesellschaft ist. Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und
346 anderen Hilfsorganisationen altersgerechte Praxisformate und Übungen anbieten,
347 in denen Kinder und Jugendliche den Umgang mit Notfallsituationen einüben,
348 Rettungsabläufe kennenlernen und Sicherheit im Kontakt mit Einsatzkräften
349 gewinnen können. Ziel muss es sein, Wissen und Handlungssicherheit zu
350 vermitteln, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die öffentliche Gefahrenabwehr
351 zu stärken. Zusätzlich könnten Jugendliche so die Chance bekommen sich für die
352 Feuerwehr, BRK oder den Katastrophenschutz zu begeistern.

353 Zusätzlich eröffnen solche Angebote jungen Menschen Räume für Gemeinschaft,
354 Verantwortung und konkrete sinnstiftende und erfüllende Teilhabe, direkt in
355 ihrer Umgebung und erlernen Selbstwirksamkeit. Gerade in Zeiten zunehmender
356 sozialer Vereinzelung können Feuerwehr, BRK, THW und weitere Hilfsorganisationen
357 Orte sein, an denen sozialer Zusammenhalt praktisch erfahrbar wird. Wer früh
358 positive Erfahrungen mit Ehrenamt und zivilem Bevölkerungsschutz macht, lernt,
359 dass Einsatz für das Gemeinwesen nicht militärisch gedacht werden muss, sondern

360 solidarisch, demokratisch und vor Ort beginnt. So stärken wir nicht nur den
361 Katastrophenschutz, sondern auch soziale Bindungen, demokratische Resilienz und
362 attraktive Wege, gesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Zwangs zu
363 übernehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

X5 Inklusion an Bayrischen Schulen Konsequenz durchsetzen

Antragsteller*in: Colin Schwenker (KV Würzburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist eindeutig: Inklusion ist ein
2 Menschenrecht, auch im Bildungswesen. Deutschland hat den Vertrag 2009
3 ratifiziert. Da Bildungspolitik Ländersache ist liegt es in der Verantwortung
4 der Bundesländer, für gelingende Inklusion zu sorgen.

5 Bayern hält jedoch weiterhin an einem Veralteten Förderschulsystem fest und das,
6 obwohl Studien zeigen, dass Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen oft besser
7 lesen, schreiben und rechnen lernen als an Förderschulen und Bayern seit 2009
8 Völkerrechtlich dazu verpflichtet ist für Inklusion an Regelschulen zu sorgen

9 Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des VBE (Verband Bildung und Erziehung),
10 befürworten 61 % der bayerischen Lehrkräfte inklusiven Unterricht; dennoch
11 halten ihn nur 26 % für praktikabel. Dazu zeigt die Umfrage, dass Lehrkräfte in
12 Bayern deutlich öfter als im Bundesschnitt mit der Inklusion alleine gelassen
13 werden. Während Deutschlandweit 67 % der Befragten angaben, zumindest teilweise
14 in Doppelbesetzung mit einer sonderpädagogischen Fachkraft zu arbeiten sind es
15 in Bayern nur 37 %. Auch Unterstützung durch Schulsozialarbeiter*innen oder
16 Psycholog*innen gibt es in Bayern deutlich seltener. Es mangelt an Personal, an
17 materieller Ausstattung und an sonderpädagogischem Wissen, das bei der
18 Ausbildung zur Lehrkraft nicht ausreichend verankert ist

19 Deshalb fordern wir als Grüne Jugend Bayern die folgenden Punkte, um eine
20 gelingende Inklusion an Regelschulen zu erreichen.

21 1. Regelschullehrkräfte sollen permanent durch Sonderpädagog*innen,
22 Schulpsycholog*innen und Inklusionshelfer*innen unterstützt werden. In Klassen
23 mit einem inklusiven Schwerpunkt muss eine Doppelbesetzung (Tandem-Modell) der
24 Standard sein.

25 2. Inklusion muss ein fester Bestandteil der Lehrkräfteausbildung sein. Zudem
26 muss es verpflichtende Fortbildungen zum Thema Inklusion für bereits tätige
27 Lehrkräfte geben, damit alle bestmöglich geschult sind.

28 3. Ein Inklusionsfonds für Kommunen um in die bauliche sowie digitale
29 Barrierefreiheit an Schulen zu investieren.

Begründung

Erfolgt mündlich

X6 Schiene statt Stillstand

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.04.2026

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Die Verkehrspolitik in Bayern und im Bund ist seit Jahrzehnten ein Denkmal des
2 schwarz-roten Stillstands. Während Milliarden in den Neu- und Ausbau von
3 Autobahnen fließen, verrostet die Grundlage der klimagerechten Mobilität: die
4 Schiene. Verspätungen, Zugausfälle und marode Bahnhöfe voller Barrieren sind das
5 Ergebnis der Prioritätensetzung, die das Auto über Menschen stellt.

6 Mobilität ist ein Grundrecht. Wer keinen Führerschein hat, wer sich kein Auto
7 leisten kann oder will, darf nicht vom gesellschaftlichen Leben abgehängt
8 werden. Eine echte Verkehrswende braucht keine Versprechen, sondern Gleise,
9 Signale und einen Haufen Investitionen.

10 1. Kapazitäten schaffen

11 Wichtige Magistralen sind heute Nadelöhre, die den gesamten Takt blockieren. Wir
12 fordern die sofortige Umsetzung und Finanzierung zentraler Ausbauprojekte:

13 ABS 38 (München – Mühldorf – Freilassing) + Mühldorf – Simbach:

14 Der Ausbau auf Zwei-Gleisigkeit und die Elektrifizierung sind überfällig. Diese
15 Strecke ist die Lebensader für Südostbayern und das bayerische Chiemgauer
16 Stillstand bedeutet hier CO₂-Ausstoß und LKW-Kolonnen.

17 Franken-Sachsen-Magistrale:

18 Es ist ein Skandal, dass eine europäische Hauptachse im Jahr 2026 noch mit
19 Diesel betrieben wird. Darum fordern wir eine schnellstmögliche
20 Elektrifizierung.

21 Metropolenbahn (Nürnberg – Prag):

22 Wer Europa will, muss Züge bauen, die Grenzen ohne Lokwechsel überwinden - und
23 das auf einer elektrifizierten und mehrgleisigen Strecke auch können.

24 Ostkorridor (Regensburg – Hof):

25 Diese Strecke ist essentiell für den Güterverkehr von Nord nach Süd. Ohne diesen
26 Ausbau bleibt die Verkehrsverlagerung auf die Schiene ein Märchen.

27 VDE 8.1 (Fürth – Bamberg):

28 Der viergleisige Ausbau ist die Voraussetzung für einen stabilen Deutschlandtakt
29 und einen verlässlichen Regionalverkehr im Norden Bayerns.

30 2. Neubau der schon längst überfällig war

31 Großprojekte dürfen nicht im bürokratischen Sumpf oder der "Not-in-my-backyard"-
32 Mentalität versinken. Wir brauchen Kapazitäten, die dem Bedarf gerecht werden:

33 Brenner-Nordzulauf:

34 Wir brauchen eine Trasse mit ausreichend Kapazitäten, um den Alpen transit
35 endlich von der Straße auf die Schiene zu holen.

36 Ulm – Augsburg:

37 Die Fahrzeitverkürzung und Kapazitätserweiterung auf dieser Strecke ist der
38 Schlüssel für einen funktionierenden Fernverkehr im Süden Deutschlands.

39 3. Mobilität für alle

40 Infrastruktur ist nur dann gerecht, wenn sie für alle zugänglich ist. Das System
41 Bahn muss verlässlich und diskriminierungsfrei werden.

42 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert:

43 Echte Barrierefreiheit:

44 Ein Bahnhof ohne Aufzug ist für Menschen mit Behinderung, Menschen mit
45 Kinderwagen oder ältere Menschen ein Grund, zuhause zu bleiben oder das Auto zu
46 nehmen. Wir fordern ein Sofortprogramm für den barrierefreien Umbau aller
47 bayerischen Bahnhöfe und eine Beschleunigung aller Genehmigungsverfahren in
48 diesem Bereich.

49 Reaktivierung:

50 Menschen auf dem Land dürfen nicht abgehängt werden. Wir fordern die Senkung der
51 in Bayern nötigen Reaktivierungskriterien, um ländliche Räume wieder ans Netz zu
52 bringen und dabei die volle Unterstützung der bayerischen Staatsregierung.

53 Elektrifizierung jetzt:

54 Jede Dieselstrecke ist eine Schande für die Klimaneutralität. Wir brauchen einen
55 100% elektrifizierten Schienenverkehr.

56 4. Schiene priorisieren

57 Das Problem ist nicht das fehlende Geld, sondern die falsche Verteilung. Wir
58 beenden die Bevorzugung der Blechlawinen, namens "Auto".

59 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert:

60 Einen Eisenbahn-Infrastrukturfonds: Planbarkeit statt Jährlichkeitsprinzip. Die
61 Bahn braucht langfristige Finanzierungssicherheit, um große Projekte ohne
62 Baustopps durchzuziehen.

63 Bahnfahren darf kein Abenteuer sein, sondern muss die einfachste, günstigste und
64 die ökologischste Wahl sein. Deshalb ist es unverzichtbar, dass das 9€-Ticket
65 wieder eingeführt wird!

Begründung

Erfolgt mündlich

X7 Freie Liebe

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.04.2026

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Das deutsche Familien- und Steuerrecht ist noch immer von einer Denkweise
2 geprägt, die Ehe zwischen Mann und Frau, Zweierbeziehung und ökonomische
3 Abhängigkeit bevorzugt. Die historische Diskriminierung queerer Lebensweisen
4 wirkt bis heute fort und endet nicht bei Zweierbeziehungen. Menschen in
5 polyamoren oder anderen konsensuell nicht-monogamen oder geschlossenen
6 Beziehungen erleben gesellschaftliche Stigmatisierung und zusätzlichen
7 Minoritätenstress, weil ihre Beziehungsformen vom cis-heteronormativen Standard
8 abweichen. Wer Freiheit, Selbstbestimmung und queere Gerechtigkeit ernst meint,
9 darf nicht bei der Akzeptanz der bürgerlichen Zweier-Ehe stehen bleiben.

10 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher:

- 11 • die politische Anerkennung von Polyamorie und konsensueller Nicht-
12 Monogamie als legitime Lebens- und Beziehungsformen
- 13 • die Schaffung rechtlicher Modelle, mit denen Verantwortungsgemeinschaften
14 jenseits der romantischen Zweierbeziehung abgesichert werden können, etwa
15 im Sorge-, Auskunfts-, Unterhalts-, Miet-, Erb- und Aufenthaltsrecht
- 16 • Eine queerfeministische Familienpolitik, die Fürsorge, Solidarität und
17 Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt
- 18 • Weniger Cis-Heteronormativität und Mononormativität in der deutschen und
19 europäischen Familien- und Beziehungspolitik, sowie innerhalb der
20 Strukturen der GRÜNEN JUGEND und der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände
- 21 • Die Abschaffung des Ehegattensplittings, um ökonomischen Gründen einer Ehe
22 vorzubeugen, sowie die Senkung der Einkommensteuer auf mittlere und
23 niedrige Einkommen. Gleichzeitig fordern wir hohe Einkommen progressiver
24 zu besteuern und den Spitzensteuersatz zu streichen.

25 Die GRÜNE JUGEND Bayern erkennt an, dass Mononormativität (also der
26 gesellschaftliche Druck zur Monogamie) auch im eigenen Verband existiert und
27 stellt sich aktiv gegen die Abwertung konsensuell nicht-monogamer Menschen.
28 Jedes Mitglied hat unabhängig von der gewählten Beziehungsform denselben
29 Anspruch auf Schutz, Respekt und gleichberechtigte Teilhabe.

Begründung

Erfolgt mündlich. Hier finden sich die wichtigsten Begriffe:

Polyamorie: Eine Beziehungsform, bei der Menschen einvernehmlich mit mehr als einer Person gleichzeitig Liebesbeziehungen führen.

Konsensuelle Nicht-Monogamie: Ein Oberbegriff für Beziehungsmodelle, in denen alle Beteiligten damit einverstanden sind, dass sexuelle oder romantische Kontakte außerhalb einer Beziehung stattfinden.

Minoritätenstress: Die zusätzliche psychische Belastung, die Mitglieder diskriminierter Gruppen durch Vorurteile und soziale Ausgrenzung erfahren.

X8 Damit unsere Hochschulen wieder im Hoch sind - Sanierungen endlich angehen und Staatsexamen reformieren!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.04.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Der Bedarf für Sanierungen an deutschen Hochschulen beträgt bundesweit 74
2 Milliarden Euro. Und was macht Markus Söder? Setzt gezielt auf
3 Exzellenzinitiativen und prestigeträchtige Neubauten, statt die Breite an
4 Studiengängen und Universitäten zu fördern sowie finanziell auszustatten und
5 damit ein tragfähiges, nachhaltiges Hochschulsystem zu garantieren. Für uns ist
6 vollkommen klar: Gute (Aus-)Bildung findet nicht in einigen wenigen Elite-
7 Universitäten statt, sondern in hunderten leistungsfähigen Hochschulen über ganz
8 Bayern verteilt. Die Qualität der Hochschul-Infrastruktur darf nicht vom
9 Standort abhängen!

10 Zu dieser Realität gehört auch: Das aktuell im Landeshaushalt vorgesehene Budget
11 reicht bei Weitem nicht aus, um dem Sanierungsstau nachzukommen. Dafür ist es
12 unverzichtbar, dass die Landesregierung einerseits auf die Erhöhung von
13 Steuereinnahmen hinwirkt, die die Chancengerechtigkeit erhöhen (z.B. aus der
14 Erbschaftssteuer). Andererseits müssen aber auch auf Bundesebene die
15 Investitionsmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur endlich in die Sanierung
16 von Hochschulen und Ausbildungsstätten fließen, und dürfen nicht für
17 Wahlgeschenke verbrannt werden!

18 Für eine innovative Hochschullandschaft müssen neben der Sanierung der
19 Infrastruktur ebenso die Strukturen der Studiengänge modernisiert werden. Es
20 darf nicht sein, dass Jura-Studierende auch im Jahr 2026 noch zittern müssen, ob
21 sie nach fünf Jahren Studium das erste Staatsexamen bestehen und ihr Studium
22 weiter verfolgen dürfen. Solche politisch herbeigeführten Schreckensszenarien
23 und Abhängigkeiten müssen ihr Ende finden!

24 Lernen in moderner Umgebung

25 Während die bayerische Staatsregierung von Hightech- und Elite-Universitäten
26 träumt, sieht die Realität an den Hochschulen ganz anders aus. Schimmelnde
27 Wände, marode Treppen und auseinanderfallende Hörsäle: Vor all diesen
28 untragbaren Zuständen verschließen Markus Söder und seine Minister*innen
29 schlichtweg die Augen!

30 Wenn Bayern wirklich Spitzenstandort für Studierende sein will, dann braucht es
31 jetzt sofort ein Investitionsprogramm, um den milliardenschweren Sanierungsstau
32 aufzulösen. Alle Hochschulen brauchen Planungssicherheit, um diese Projekte
33 stemmen zu können und sind darum auf die Staatsregierung angewiesen.

34 Wir fordern, dass der Campus grün, modern und zukunftsfähig wird, sodass ein
35 Lernen in moderner Umgebung möglich ist. Dafür braucht es nicht nur
36 digitalisierte und gut ausgestattete Hörsäle, sondern endlich auch Seminarräume,
37 die genügend Plätze für alle Kursteilnehmer*innen bieten und einen Campus, der
38 auch nach der Vorlesung zum Verweilen einlädt. Zugleich wollen wir, dass unsere
39 Hochschulen als Vorbild bis 2030 klimaneutral sind und dabei Vorreiter*innen bei
40 Erneuerbaren Energien, Bio-Lebensmitteln und Nachhaltigkeit werden!

41 Staatsexamen-Reform für Planungssicherheit ohne Zukunftsangst

42 Staatsexamen-Prüfungen bedeuten für Studierende zusätzliche Belastungen und
43 Prüfungsstress im Hochschulwesen. Besonders die Angst, jahrelang ohne Abschluss

44 studiert zu haben, ist bei Studierenden verbreitet und sorgt für psychische
45 Erkrankungen unter Studierenden.
46 Während elf Bundesländer beim Lehramt mittlerweile Staatsexamen abgeschafft
47 haben, hält Bayern weiterhin an der veralteten Struktur fest. Dadurch sind
48 Wechsel aus dem Lehramtsstudium in andere Studiengänge oder Bundesländer
49 erschwert, weshalb wir eine schnellstmögliche Angleichungen an einen Lehramts-
50 Bachelor fordern, der den Studiengang flexibilisieren würde. Zudem würde dadurch
51 die Möglichkeit bestehen, insgesamt eine Überarbeitung des Studiengangs hin zu
52 mehr Praxisbezug zu machen, der bisher im Studium viel zu kurz kommt. Gute
53 Lehrkräfte brauchen eine gute sowie praxisnahe Ausbildung!
54 Jurastudierende dürfen nicht nach Jahren des Lernens vor dem Nichts stehen, wenn
55 sie das erste Staatsexamen nicht bestehen. Darum fordern wir die bayernweite
56 Einführung von "Freischuss"-Regelungen und mehr Wiederholungsmöglichkeiten in
57 allen Staatsexamensstudiengängen, um psychischen Druck zu senken. Außerdem
58 fordern wir den integrierten Bachelor of Laws als zusätzliches Sicherheitsnetz
59 nach dem sechsten Semester!
60 Auch Medizinstudierende sind enormen psychischen Druck ausgesetzt und im Studium
61 enorm belastet. Wir fordern eine Reform, die soziale Kompetenzen mehr anerkennt,
62 genügend Studienplätze für den massiven Bedarf an Ärzt*innen schafft, und
63 zugleich die psychische Gesundheit von Studierenden beachtet. Dafür fordern wir
64 eine Überarbeitung des Studiengangs, mehr reale, soziale Interaktionen statt
65 Lehrbücher pauken sowie bessere Beratungsangebote für Studierende.

Begründung

Erfolgt mündlich.

X9 Plattformen regulieren statt pauschal junge Menschen zu reglementieren!

Gremium: GRÜNE JUGEND Bayern Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.04.2026

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Instagram, TikTok, YouTube - tagtäglich halten wir uns in Sozialen Medien auf,
2 um uns zu belustigen, zu diskutieren oder uns zu informieren. Soziale Medien
3 sind damit zentrale Plattformen, die unsere Gesellschaft und damit auch die
4 internationale Politik beeinflussen. Dies bringt zwar einerseits neue
5 Möglichkeiten internationaler Vernetzung sowie Kommunikation, gleichzeitig birgt
6 es aber auch enorme Risiken für unsere Demokratie und Gesellschaft. Während
7 Boomer immer wieder nicht-datenschutzkonforme Alterskontrollen und Sperren für
8 junge Nutzer*innen fordern, sind wir als GRÜNE JUGEND Bayern vielmehr der
9 Meinung, dass Plattformen endlich strikter reguliert werden müssen!

10 Monopole zerschlagen und Algorithmen zerlegen

11 Doch weil einige Wenige wie Google, Meta oder TikTok sich ganze Monopole
12 erschaffen haben, die von Überreichen wie Musk, Zuckerberg oder Bezos
13 kontrolliert werden, und sie durch aktiven Lobbyismus sämtliche staatliche
14 Schutzfunktionen abzuschaffen versuchen, stellt dieser Einfluss auf Politik eine
15 Gefahr für Demokratie und Gesellschaft dar.
16 Einerseits werden Milliarden Daten von Nutzer*innen verarbeitet, um damit
17 Werbeeinnahmen zu erzielen. Endloses Scrollen führt zu Doomscrolling und fesselt
18 damit Nutzer*innen vor ihren Geräten, was zugleich auch psychische Auswirkungen
19 wie den sogenannten "Brain Rot" und eine Abwertung des eigenen
20 Selbstwertgefühls, bis hin zu depressiven Tendenzen, haben kann. Andererseits
21 werden genau durch diese Algorithmen emotional aufwühlende Inhalte gefördert,
22 die häufig politische Extreme abbilden. Damit gelingt den
23 Plattformbesitzer*innen eine Beeinflussung vor Wahlen und besonders extreme
24 Positionen werden bevorzugt, die häufig die eigene politische Agenda der Big
25 Tech-Unternehmer*innen durchsetzen und soziale Ungleichheit weiter verschärfen.
26 Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass die kurze Aufmerksamkeitsspanne auch
27 simple und verkürzte Inhalte stärker ausspielt, die der politisch komplexen
28 Realität meistens nicht gerecht werden können. Auch Shadow Banning wird von
29 Social-Media-Monopolen verwendet, um - wie zuletzt beim Fall Collien Fernandes -
30 Inhalte einzuschränken, die nicht in deren politisches Bild passen.
31 Das macht für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar: Wer Soziale Medien
32 regulieren will, der muss Monopole zerschlagen und Algorithmen zerlegen!
33 Wir fordern, dass ein europäisches Open-Source-Netzwerk eingeführt wird, das
34 einen zielgerichteten Austausch unter Nutzer*innen ohne die Marktmacht von
35 Algorithmen im Hintergrund fördert. Zeitgleich gilt es die Macht von aktuellen
36 Monopolen zu begrenzen, indem deren Geschäftsmodell von ewigen Scrollen und
37 Filterblasen verboten wird. Alle Nutzer*innen müssen selbst entscheiden können,
38 was sie auf ihren Timelines zu sehen bekommen und Suchtrisiken müssen gezielt
39 eingeschränkt werden.

40 Klare Regeln für Plattformen und Bildung für alle!

41 Bisherige Algorithmen müssen endlich transparent gemacht werden, damit Daten,
42 die bisher ohne Zustimmung verwendet worden sind, nicht mehr genutzt werden
43 können. Zudem müssen Plattformen noch mehr verpflichtet werden, eine klare
44 Moderation durchzusetzen und rechtswidrige Inhalte zu löschen sowie

45 Nutzer*innen, die gegen Regeln verstoßen, strikter zu sperren oder
46 einzuschränken.
47 Der Digital Services Act der Europäischen Union sieht viele der Maßnahmen schon
48 vor, entfaltet bisher aber seine Wirkung nicht ausreichend, da aus Angst vor
49 Konsequenzen durch US-Präsident Donald Trump Konsequenzen gegen Monopole nicht
50 durchgesetzt werden. Aber die EU darf sich ihre Regeln nicht von Autokrat*innen
51 vorschreiben lassen, weshalb wir in Zukunft bei wiederholter Verweigerung der
52 Plattformen gegen die Durchsetzung von Gesetzen, klare Maßnahmen wie temporäre
53 oder lokale Sperren der Plattformen fordern!
54 Während Onkel Hans die hundertste KI-generierte Fake News in die Familiengruppe
55 schickt, schreien Politiker*innen nach nicht-datenschutzkonformen
56 Alterskontrollen und diskriminierenden Alterssperren, aus Angst endlich zu
57 regulieren. Wir machen dabei nicht mit! Dennoch sehen auch wir den Bedarf, die
58 Medienkompetenz zu stärken. Dabei nehmen wir die gesamte Gesellschaft in den
59 Blick, statt nur bei jungen Menschen anzusetzen. Desinformation in Sozialen
60 Netzwerken ist eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft, nicht nur auf dem
61 Schulhof! Wir wollen früh ansetzen und dafür Medienkompetenz in Kindergarten,
62 Schule und weiterer Ausbildung fest verankern. Dabei fordern wir eine
63 interdisziplinäre Anwendung, die auf Risiken und Chancen aufmerksam macht.
64 Gleichzeitig braucht es Weiterbildungen in allen Berufen sowie Angebote in
65 Volkshochschulen oder Vereinen, um auch in den Altersgruppen anzusetzen, die
66 nicht mehr Teil des verpflichtenden Schulsystems sind. Dabei wollen wir auf
67 abwechslungsreiche Methoden für alle Erfahrungsgruppen setzen und gezielt auch
68 Tandem-Modelle fördern, die den Austausch zwischen Jung und Alt in diesem
69 Themenbereich als Ziel haben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

X10 Strukturreform von B90/DIE GRÜNEN: Gegen Machtkonzentration und für demokratische Mitsprache

Antragsteller*in: Mitgliederversammlung der Grünen Jugend München (beschlossen am 18. März 2026)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Bayern möge folgenden Antragstext
2 beschließen:

3 Bündnis 90/Die Grünen plant einer der größten Strukturreformen seit dem Bestehen
4 der Partei. Ziel der Reform ist es, Strukturen zu „modernisieren“ und die Partei
5 „handlungsfähiger“ zu machen. Was gut klingt, bedeutet jedoch in vielen Punkten
6 eine stärkere Machtkonzentration und Beschneidung basisdemokratischer Mitsprache
7 und Kontrolle. Als GRÜNE JUGEND Bayern schauen wir genau hin und setzen uns im
8 Rahmen der Strukturreformdebatte in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis
9 der GRÜNEN JUGEND für basisdemokratische Grundprinzipien wie Teiligungsrechte
10 und Gewaltenteilung ein.

11 Folgenden Teilaspekten stehen wir als GRÜNE JUGEND Bayern ablehnend gegenüber:

- 12 • Schwächung der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs) und Ausweitung der Macht
13 des Bundesvorstandes im Länderrat: Der BAG-Sprecher*innenrat entsendet
14 derzeit fünf Delegierte zum Länderrat, die Reform möchte die Anzahl auf
15 zwei reduzieren, während gleichzeitig vier Mitglieder des Bundesvorstands
16 (vorher: null) automatisch delegiert sein sollen. Die BAGs sind wichtige
17 Arbeitsgremien, in denen fachpolitisch mit Expert*innen an Themen
18 gearbeitet wird. Ihren Einfluss stark einzuschränken und gleichzeitig die
19 Macht des Bundesvorstands auszuweiten, widerspricht der demokratischen
20 Idee, wonach der Länderrat den Bundesvorstand als zweithöchstes
21 Beschlussorgan nach der Bundesversammlung kontrollieren soll.
- 22 • Ausweitung der Macht von Mandatstragenden im Parteirat und Vorgabe seiner
23 Zusammensetzung: Der Parteirat berät den Bundesvorstand und entwickelt
24 politische Initiativen, derzeit werden bis zu 13 Mitglieder von der
25 Bundesversammlung direkt gewählt. Die Reform möchte die Zusammensetzung
26 des Parteirats vorgeben, so sollen die Vorsitzenden der
27 Bundestagsfraktion, zwei grüne Bundesregierungsmitglieder (sofern in der
28 Regierung), zwei grüne Mitglieder aus dem Bundesrat (de facto
29 Landesregierungen), die*der Vorsitzende der Fraktion im EU-Parlament,
30 jeweils eine Person aus dem Kreis der Landtagsfraktionsvorsitzenden und
31 Landesvorsitzenden und eine*n (Ober-)Bürgermeister*in/Landrat*in darin
32 vertreten sein und vom Länderrat aus dessen Kreise gewählt werden. Dadurch
33 wird die Wahl des Parteirats nicht nur dem höchsten demokratischen
34 Beschlussorgan der Partei entzogen, sondern auch seine Zusammensetzung so
35 vorweg genommen, dass Mandatstragende besonders viel Einfluss gewinnen.
36 Die demokratische Gewaltenteilung wird hierdurch weiter geschwächt.
- 37 • Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat im Bundesvorstand: Bisher
38 dürfen dem sechsköpfigen Bundesvorstand maximal zwei Mandatstragende
39 angehören. Die Reform sieht vor, die Zahl auf drei zu erhöhen, davon
40 maximal zwei Bundestagsabgeordnete. Die Änderung mag im Vergleich zu den

41 anderen kleiner wirken, aber auch hier wird die demokratische
42 Gewaltenteilung zwischen Partei und Mandatstragenden weiter aufgeweicht.
43 Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, die Interessen und das Programm der
44 Partei zu vertreten, notwendigenfalls auch gegen eigene Mandatstragende.
45 Der Bundesvorstand darf nicht wie in manchen Situationen während der
46 Ampel-Regierung zur Pressestelle der Regierung werden.

47 Folgenden Teilaspekten stehen wir skeptisch gegenüber und fordern eine weitere
48 Debatte:

- 49 • Möglichkeit der Begrenzung von Änderungsanträgen: Die Reform ermöglicht
50 es, durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die Anzahl von
51 Änderungsanträgen pro Mitglied zu begrenzen. Da in vielen Fällen ein
52 Änderungsantrag an einen Antrag nur pro Absatz eines Textes gestellt
53 werden kann (siehe Parteiprogramm), und es zudem oft sehr viele relevante
54 Anträge gibt, kann eine solche Änderung basisdemokratische Rechte stark
55 beschneiden.
- 56 • Ausweitung der Macht der Antragskommission: Die Reform ermöglicht es, der
57 Antragskommission nicht nur Abstimmungsverfahrensvorschläge zu machen,
58 sondern nun auch explizit qua Satzung „Vertagungen“ oder
59 „Nichtbefassungen“ vorzuschlagen. Die Antragskommission darf zwar
60 inhaltlich weder für die Annahme noch die Ablehnung eines Antrag
61 Empfehlungen aussprechen, aber eine Vorschlag z.B. zur „Nichtbefassung“
62 kann de facto einer „Ablehnung“ gleichkommen.

63 Zu folgendem Teilaspekt fordern wir eine weitere Debatte:

- 64 • Verschärfung der Antragsquoren: Derzeit können 50 Basismitglieder auf der
65 Bundesversammlung einen Antrag stellen. Die Reform sieht vor, das Quorum
66 auf 0,05% der Anzahl der Parteimitglieder (derzeit ca. 90) zu erhöhen. Die
67 Handlungsfähigkeit der Bundesversammlung ist von großer Bedeutung,
68 gleichzeitig sollte es nicht dazu kommen, dass neben den Gremien nur noch
69 mächtige Netzwerke innerhalb der Partei, Basisanträge stellen können. Das
70 Antragsrecht ist ein wichtiges basisdemokratisches Recht.

71 Die GRÜNE JUGEND Bayern vertritt diese Haltung aktiv gegenüber der Partei
72 Bündnis 90/Die Grünen und anderen Ebenen der GRÜNEN JUGEND.

Begründung

Erfolgt mündlich.

X11 Sozialkahltschlag aus dem Elfenbeinturm stoppen – Jugendhilfe stärken!

Antragsteller*in: Kai Frescher (KV Würzburg), Katharina Pause (KV Würzburg), Florian Wunderle (KV Würzburg), Cari Nicole Baumann (KV Würzburg), Max Appelmann (KV Würzburg), Lena Saupp (KV Würzburg), Ida Pfister (KV Würzburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

- 1 Wenn der Staat seinen Schutzauftrag nicht mehr erfüllt
- 2 Mehr als ein Jahr ist die Recherche des WDR zur Überlastung der Jugendämter
- 3 inzwischen her. Damals gaben fast 150 von den 300 befragten Jugendämtern
- 4 bundesweit an, den Kinderschutz nicht mehr ausreichend gewährleisten zu können.
- 5 Die Folgen sind dramatisch: Kinder und Jugendliche müssen länger in gefährlichen
- 6 Lebenssituationen verbleiben, Hilfen setzen zu spät ein oder fallen ganz aus und
- 7 Fachkräfte arbeiten am Limit. Die Jugendämter können ihrem gesetzlichen
- 8 Schutzauftrag nicht mehr gerecht werden und gefährden konkret die Sicherheit der
- 9 betroffenen Kinder und Jugendlichen.
- 10 Doch anstatt die Jugendämter und Kommunen zu entlasten, wird die Krise politisch
- 11 weiter verschärft. Statt dringend benötigter Investitionen drohen neue Kürzungen
- 12 im sozialen Bereich. Union und SPD lassen die Kinder- und Jugendhilfe politisch
- 13 im Stich, während der Bedarf für Familien und sozialen Einrichtungen immer
- 14 weiter steigt.
- 15 Warum ist der Effizienzgedanke nur wichtig, wenn es um Einsparungen bei
- 16 Sozialleistungen geht?
- 17 Union und SPD setzten eine Arbeitsgruppe ein unter dem Vorwand der
- 18 Effizienzsteigerung. Doch anstatt Fachkräfte wirklich zu entlasten und
- 19 Bürokratie abzubauen, werden hinter verschlossenen Türen drastische
- 20 Leistungseinschränkungen verhandelt, ohne dabei die Abwägung zu treffen, was das
- 21 für die betroffene Gruppe bedeutet.
- 22 Beteiligt sind Vertreter*innen des Bundes, der Länder und der kommunalen
- 23 Spitzenverbände, aber weder Träger der öffentlichen oder freien Jugendhilfe noch
- 24 andere Fachverbände. Fachliche Perspektiven bleiben systematisch
- 25 unberücksichtigt.
- 26 Die geplanten Kürzungen betreffen vor allem die Hilfen für junge Volljährige
- 27 nach §41 SGB VIII. Die Nachbetreuung nach §41a SGB VIII soll gestrichen werden,
- 28 während Hilfen bis zum 21. Lebensjahr, künftig im Ermessen der Jugendämter
- 29 liegen sollen. Das ist ein existenzieller Einschnitt für junge Menschen, die auf
- 30 diese Unterstützung angewiesen sind, da ihnen häufig soziale und familiäre
- 31 Netzwerke fehlen. Es droht, dass junge Menschen mit dem Erreichen der
- 32 Volljährigkeit faktisch aus dem Hilfesystem gedrängt werden.
- 33 Die Folgen sind absehbar: steigende Wohnungslosigkeit, Ausbildungsabbrüche,
- 34 Arbeitslosigkeit oder langfristige soziale Problemlagen. Wer hier kürzt, spart
- 35 aber nicht an Bürokratie, sondern an jungen Menschen, die von der Union allzu
- 36 oft als "unsere Zukunft" vorgeschoben werden. Es werden neue Krisen produziert,
- 37 zusätzlich zu denen, die junge Menschen schon jetzt am stärksten treffen.

38 Ebenso problematisch sind die vom Bundesland Sachsen vorgeschlagenen Pläne für
39 unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Diese sollen ab dem 16. Lebensjahr in
40 Gemeinschaftsunterkünften mit abgesenkten Standards für die Betreuung,
41 Unterbringung und Versorgung untergebracht werden. Damit wird eine Zweiklassen-
42 Jugendhilfe geschaffen, abhängig von der Herkunft junger Menschen. Der Anspruch
43 auf Schutz und Unterstützung würde nicht mehr für alle gleichermaßen gelten.

44 Das ist fatal: Gerade unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören zu den
45 vulnerabelsten Gruppen und sind in einem besonderen Maße zu schützen. Eine
46 Absenkung von Standards gefährdet diesen Schutz und erschwert Integration
47 nachhaltig.

48 Die geplanten Kürzungen im Bereich Inklusion bzw. bei der Eingliederungshilfe
49 gleichen einem haushaltspolitischen Kahlschlag, der die Menschenwürde hinter das
50 Spardiktat des Staates zurückstellt. Allein die vorliegenden Vorschläge von Bund
51 und Ländern zielen auf Einsparungen von über 8,6 Milliarden Euro ab. Bisher hat
52 jeder Mensch mit Behinderung einen rechtlichen Anspruch auf genau die Hilfe, die
53 er für ein selbstbestimmtes Leben benötigt, wie beispielsweise eine persönliche
54 Assistenz in der Schule. Durch das geplante "Pooling" sollen sich Betroffene
55 diese Unterstützung künftig teilen, wodurch individuelle Bedürfnisse zugunsten
56 billigerer Massenslösungen ignoriert werden. Das ist deshalb so fatal, weil es
57 nicht nur gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstößt, sondern Menschen zu
58 bloßen "Haushaltsposten" dehumanisiert. Wer heute bei der Teilhabe spart,
59 zerstört die Bildungs- und Lebenswege von Millionen Betroffenen und provoziert
60 langfristig massive Folgekosten durch soziale Ausgrenzung und lebenslange
61 Abhängigkeiten, nicht nur im finanziellen Sinne.

62 Die Vorschläge der Arbeitsgruppe dienen nicht langfristigen Verbesserungen der
63 Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe, sondern einem gezielten
64 Abbau von Leistungen, die kurzfristig symbolische Schlagkraft haben.

65 Unter dem Deckmantel von Effizienz und Sparpolitik werden Rechte beschnitten,
66 Standards gesenkt und Unterstützungssysteme geschwächt. Das ist kein Zufall,
67 sondern Ausdruck einer falschen politischen Prioritätensetzung.

68 Statt dringend notwendige Investitionen durch eine sozial gerechte Steuerpolitik
69 zu finanzieren, wird ausgerechnet bei denen gespart, die im politischen Berlin
70 kaum Gehör finden: Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen in
71 prekären Lebenslagen.

72 Diese Prioritätensetzung steht in einem deutlichen Widerspruch zur realen
73 Vermögensverteilung in Deutschland: Während sich enorme Vermögen in den Händen
74 weniger konzentrieren, werden zentrale Leistungen infrage gestellt, um im
75 Vergleich dazu geringe Beträge einzusparen.

76 Nicht nur eine Frage des Geldes, sondern vor allem der Verteilung!

77 Das Geld ist da, es ist nur falsch verteilt: Dieter Schwarz und die Familie
78 Boehringer und von Baumbach besaßen 2025 zusammen mehr Vermögen als die ärmere
79 Hälfte der deutschen Bevölkerung.

80 Gleichzeitig ist die Kinder- und Jugendhilfe seit Jahren chronisch
81 unterfinanziert. Die Folgen zeigen sich deutlich: steigende Belastungen bis hin
82 zu Burn-out bei Fachkräften sowie ungleiche Chancen für junge Menschen. Hier

83 noch weiterzukürzen wäre ein Brandbeschleuniger für die aktuelle Krise in der
84 Kinder- und Jugendhilfe.

85 Das dürfen wir nicht hinnehmen. Die Zukunft von jungen Menschen darf nicht vom
86 Wohnort, Herkunft oder der Haushaltslage abhängig sein.

87 Anders als im Vorschlagspapier der Arbeitsgruppe dargestellt, sind die Kinder-
88 und Jugendhilfe sowie die Eingliederungshilfe nicht einfach Kostenfaktoren im
89 Sozialstaat, sondern wichtige Investitionen in die Zukunft. Wer heute an
90 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen spart, die auf die Hilfe des
91 Sozialstaates angewiesen sind, verursacht langfristig höhere Folgekosten, etwa
92 durch Wohnungslosigkeit oder Bildungsabbrüche.

93 Eine ausreichend finanzierte Kinder- und Jugendhilfe wirkt dagegen präventiv:
94 Sie gibt Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance auf Teilhabe
95 sowie stabile und angemessene Lebensverhältnisse. Neben der moralischen
96 Komponente, dass jeder junge Mensch unabhängig vom Geldbeutel ein stabiles
97 Umfeld zur Entwicklung haben sollte, reduzieren präventive Maßnahmen spätere
98 Folgekosten.

99 Gleiches gilt für die Eingliederungshilfe: Inklusion ist kein "nice to have",
100 sondern ein Grundrecht geschützt durch unter anderem die UN-
101 Behindertenrechtskonvention, die Deutschland mit unterschrieben hat. Es darf
102 nicht sein, dass ein Grundrecht wie Inklusion, abhängig ist von den finanziellen
103 Möglichkeiten der Familien, Schulen oder sozialen Trägern. Jeder junge Mensch,
104 mit und ohne Inklusionsbedarf, hat das Recht auf gezielte und individuelle
105 Förderung.

106 Während die Regierung eine gerechte Steuerpolitik scheut, werden Einschnitte bei
107 Jugendlichen und Sozialstaat diskutiert.

108 Das ist kein Zufall: Junge Menschen haben kaum eine Lobby und sind daher
109 besonders oft Verhandlungsmasse in politischen Debatten. Sei es bei der
110 Rentenpolitik, dem Wehrmodernisierungsgesetz oder nun auch bei der Kürzung des
111 Sozialstaates.

112 Genau deshalb muss die GRÜNE JUGEND Bayern ihre Rolle als Interessenvertretung
113 der jungen Generation ernst nehmen und sich klar gegen diese Politik des
114 Stärkeren stellen. Denn wer den Staatshaushalt wirklich entlasten will, spart
115 nicht bei den Schwächsten, sondern fordert Verantwortung von denjenigen, die
116 mehr schultern können.

117 Die Landesmitgliederversammlung beschließt:

- 118 • Erhalt aller aktuellen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe
119 (insbesondere §§ 41, 41a SGB VIII sowie gleichwertige Standards für

- 120 unbegleitete minderjährige Geflüchtete) und der Eingliederungshilfe ohne
121 Pooling
- 122 • bessere Finanzierung durch Bund und Länder zur Entlastung der Kommunen
 - 123 • Fachkraft-Kind-Relation durch verbindliche Qualitätsstandards (§ 79a SGB
124 VIII) und regelmäßige Qualitätskontrollen sicherstellen
 - 125 • Ausbau von Hilfsangeboten für junge Erwachsene und unbegleitete
126 minderjährige Flüchtlinge (UMA),
 - 127 • Beteiligung von Fachverbänden sowie freien und öffentlichen Trägern bei
128 allen Planungen und Reformen der Jugendhilfe
 - 129 • Einführung sozialer Mindeststandards für alle Hilfeleistungen, unabhängig
130 von Wohnort oder Träger

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

X12 Lasst die Informationen frei! - Für ein Transparenzgesetz in Bayern

Antragsteller*in: Florian Wunderle (KV Würzburg), Marvin Bauersfeld (KV Würzburg), Maximilian Appelmann (KV Würzburg), Colin Schwenker (KV Würzburg), Katharina Pause (KV Würzburg), Jerome Pfeiffer (KV Würzburg), Kai Frescher (KV Würzburg), Ida Pfister (KV Würzburg), Lena Saupp (KV Würzburg)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Demokratie braucht Transparenz. Und was schafft Transparenz? Zugang zu amtlichen
2 Informationen, oder in anderen Worten: Informationsfreiheit. Doch genau diese
3 wird in Deutschland, und vor allem in Bayern, oft mit Füßen getreten. Das
4 bundesweite Informationsfreiheitsgesetz (IFG) soll dafür sorgen, dass
5 Bürger*innen Akten beim Staat anfragen können. Doch das deutsche IFG ist
6 dermaßen schwach und durchlöchert von Ausnahmen, dass die kanadische
7 Bürgerrechtsorganisation Center for Law and Democracy Deutschland auf Platz 127
8 von 140 in Themen Informationsfreiheit setzte. Damit liegt Deutschland hinter
9 Russland, China und Uganda!

10 Doch wenn die Lage in Deutschland schon düster aussieht, ist es in Bayern noch
11 schlimmer. Denn das IFG des Bundes gilt nicht für Bundesländern, so ist es jedem
12 Bundesland überlassen eine eigene Regelung zu finden. Und Bayern hat einfach
13 überhaupt kein IFG. Diese verheerende Bürger*innenrechtsverletzung gibt es in
14 der EU sonst nur in Niedersachsen und Belarus.

15 Wie wichtig das IFG ist, sieht man an der Arbeit von NGOs, wie beispielsweise
16 FragDenStaat. Durch das IFG konnten sie Informationen über die Maskenaffäre
17 Spahns aufdecken. Ein stärkeres IFG hätte dafür sorgen können, dass der Fall
18 komplett transparent gemacht worden wäre. Spahn hat gezielt Maßnahmen ergriffen,
19 um dem IFG auszuweichen. So hat er wichtige Verträge über seine Bundestagsmail
20 geschickt statt über seine Ministeriumsmail, da die erste im Gegensatz zur
21 zweiten vom IFG ausgenommen ist.

22 Ein bayrisches Gesetz zur Informationsfreiheit darf keine solche Schwachstellen
23 aufweisen. Deswegen fordern wir ein Gesetz, das über das bestehende IFG des
24 Bundes hinausgeht.

25 Transparenz für Bayern!

26 Wir fordern nicht lediglich ein Informationsfreiheitsgesetz, sondern ein so
27 genanntes Transparenzgesetz, wie es schon in Hamburg besteht. Der große
28 Unterschied zwischen den beiden Gesetzen ist es, dass bei einem IFG der
29 Bürger*innen die Holschuld hat, also Anfragen stellen muss und dann warten muss,
30 inwieweit diese bearbeitet wird. Bei einem Transparenzgesetz wiederum hat der
31 Staat Bringschuld, das bedeutet, dass Unterlagen hochgeladen werden müssen, die
32 für Bürger*innen frei einsehbar sind. Hamburg besitzt schon ein solches Gesetz
33 und macht damit gute Erfahrungen.

34 Doch soll in der bayrischen Version aus Fehlern und Schwachstellen gelernt
35 werden. Im heutigen digitalen Zeitalter geht viel Kommunikation über
36 Messengerdienste. So soll Kommunikation über Mobiltelefone auch als Akten
37 gelten, also gespeichert werden und einsehbar sein.

38 Außerdem muss es Konsequenzen geben werden Akten nicht sauber geführt oder sogar
39 willentlich zerstört. Schreddern unbeliebter Akten, wie bei CumEx, oder dem NSU-
40 Verfassungsschutz-Skandal, darf nicht straffrei bleiben.

41 Informationsfreiheit als Grundrecht

42 Das Recht auf Informationsfreiheit muss in Deutschland ins allgemeine
43 Bewusstsein gelangen. Ein transparenterer Staat nimmt nicht nur
44 Verschwörungsideologien den Wind aus den Segeln, er ermächtigt auch Bürger*innen
45 und erleichtert es Politiker*innen zur Rechenschaft zu ziehen. In anderen
46 Ländern ist das Anfordern von Daten viel verankerter als in Deutschland, so
47 werden in Amerika bis zu 300-mal mehr Akten angefordert als in der
48 Bundesrepublik. Ein bayrisches Transparenzgesetz würde dazu führen, dass Zugang
49 zu amtlichen erleichtert wird und die Demokratie durch mehr Transparenz gestärkt
50 würde.

51 Quellen:

52 <https://fragdenstaat.de/informationsfreiheit/>

53 [https://www.swr.de/swrkultur/wissen/akten-unter-verschluss-wie-behoerden-die-
54 informationsfreiheit-untergraben-das-wissen-2026-03-30-104.html](https://www.swr.de/swrkultur/wissen/akten-unter-verschluss-wie-behoerden-die-informationsfreiheit-untergraben-das-wissen-2026-03-30-104.html)

Begründung

erfolgt mündlich

X13 Gründung eines Land-Stadt-Teams, damit Zukunft wirklich vor Ort gemacht werden kann!

Antragsteller*in: Mattis Kriegler, Laetitia Wegmann (GRÜNE JUGEND Bayern)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Wir als GJ Bayern sind einer der größten Landesverbände, sowohl gemessen an der
2 Mitgliederzahl, als auch an der Fläche, die wir abdecken. Dadurch können wir
3 vielfältige Strukturen und Lebensumstände abbilden. Dies ist auch immer wieder
4 eine Herausforderung, da unsere Kreisverbände sehr starke Unterschiede in
5 Ressourcen, Mitgliederzahlen und Infrastruktur aufweisen. Ländlichere und/oder
6 mitgliederschwächere Kreisverbände haben oft weniger Ressourcen zur Verfügung
7 und erleben gleichzeitig den stärksten politischen Gegenwind.

8 In der Vergangenheit haben sich diese Unterschiede in unseren Lebensrealitäten
9 oft nur unzureichend in der Ausgestaltung von Kampagnen und politischen
10 Forderungen wiedergefunden. Konkret äußerte sich das darin, dass Kampagnen
11 oftmals auf städtische und mitgliederstarke KVs ausgerichtet waren - mit
12 Umsetzungsvorschlägen, die in ländlicheren KVs kaum zu stemmen waren.

13 Aber: wir wollen ein Verband für alle sein! Als Grüne Jugend halten wir nichts
14 davon, Gruppen gegeneinander auszuspielen, auch nicht Stadt und Land. Damit
15 unsere Vision eines linken Gesellschaftswandels Realität wird, brauchen wir uns
16 alle und wir müssen dafür alle mitnehmen, unabhängig davon, wo ihr Wohnort liegt
17 oder welcher KV für sie zuständig ist.

18 Deshalb fordern wir die Gründung eines Teams, dessen Aufgabe die Koordination
19 und Vermittlung zwischen städtischeren, ländlicheren und aneinander angrenzenden
20 KVs ist. Dieses Team soll, zunächst auf ein Jahr begrenzt,
21 Unterstützungsstrategien und Konzepte erarbeiten, wie die Zusammenarbeit und
22 Mobilisation zwischen Kreisverbänden verbessert werden kann. Der Schwerpunkt
23 soll dabei auf der Vernetzung zwischen strukturstarken und strukturschwächeren
24 Kreisverbänden liegen. Das kommende Verbandsjahr (2027) ist prädestiniert für
25 die Arbeit eines solchen Teams. Wir müssen das erste Mal seit Jahren keinen
26 Wahlkampf und keine Kampagne stemmen, können aber mit diesem Team eine gute
27 Grundlage für das kommende Superwahljahr legen. Dafür müssen wir jetzt schon die
28 Strukturen aufbauen, um uns im Superwahljahr gut gegenseitig unterstützen zu
29 können und Bayern flächendeckend grüner und linker zu gestalten!

30 Das Land-Stadt-Team soll u.a. bei der Organisation von gezielten
31 Vernetzungsformaten, wie Regionaltreffen, unterstützen. Es soll die Mobilisation
32 zwischen Kreisverbänden, vor allem von strukturstarken städtischen KVs aufs
33 Land, ermöglichen und zusammen mit den KVs Kooperationsveranstaltungen
34 organisieren (z.B. Veranstaltungsreihen, die abgestimmt aufeinander von KV zu KV
35 ziehen - mit dem Ziel die größtmögliche Anzahl an interessierten Mitgliedern zu
36 den verschiedenen Veranstaltungsorten mitzunehmen, ohne einen KV mit der
37 Organisation alleine zu lassen). Auch die Einrichtung eines gemeinsamen
38 Veranstaltungskalenders für geographisch nahegelegene KVs soll die
39 Zusammenarbeit und Mobilisierung erleichtern.

40 Dadurch erhoffen wir uns eine bessere Zusammenarbeit zwischen den
41 Kreisverbänden, effektivere Mobilisierung von Mitgliedern und die Stärkung von
42 jungen, linken, grünen Positionen in ganz Bayern - sowohl in den ländlichen
43 Regionen, als auch in den Städten.

44 Die Arbeit des Teams soll in einer Befragung der Vorstände bei der zweiten
45 Vorstandsfortbildung 2027 evaluiert werden und anhand dieser Analyse soll eine
46 Entscheidung über die Weiterarbeit mit einem Antrag bis zum LJK 2 2027 getroffen
47 werden können.

Begründung

Unsere Sticker sagen: "Stadt, Land, Tag und Nacht - Zukunft wird vor Ort gemacht". Trotzdem diskutieren wir seit Jahren darüber, wie wir als Verband Land und Stadt besser abdecken können. Unser Vorschlag soll eine übergreifende Strategie und Vernetzungsarbeit ermöglichen, statt immer nur punktuelle Lösungen für Einzelsituationen zu finden.